Nr. 42. 11. Jahrgang. Hamburg, 18. Oktober 1903.

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementspreis M. 1 pro Quartal, ohne Bringegeld.
Post-Nr.: 3705.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: H. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 19, Fruchtallee 79/81.

Inserate
für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 ₰,
Vergnügungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 ₰,
Versammlungsanzeigen 10 ₰. Beilagen nach Uebereinkunft.

Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlerinnung ist gesperrt!

Ehrenpflicht jedes reisenden Kollegen ist, von Cassel und Hannover fernzubleiben.

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mitteilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

Tischlern nach Kelkheim im Taunus, Nowawes-Neuendorf, Wurzen (Streik), Parchim, Cüstrine Schöningen (W. und H. Helmke), Weißensee, (Kraus, Langhansstr. 22, und Hahn & Metzkor), Werdau, (Lange & Reber), Lassan i. Pommern, Aschaffenburg (Möbelfabrik Schwindt), Düsseldorf (Emil Funke), Breslau (Strietzel & Ludwig, Gräbschnerstraße, Maader, Beuthenerstr. 52), Gellrich & Ülhe, Alsenstr. 17) und Ilmenau i. Th. (Köchert);

Tischlern, Maschinenarbeitern, Drechslern und Polierern nach Mühldorf am Inn, Neusorg (Kempf & Geiger);

Tischlern und Maschinenarbeitern nach Frankfurt a. M. (Fabrik photographischer Apparate von Dr. R. Krügener);

Tischlern, Drechslern und **Maschinenarbeitern** nach Ottensen (Hahne & Witte);

Modelltischlern nach Celle (A. Westen);

Stellmachern und Schreinern nach Dorstfeld bei Dortmund (Feldbahnfabrik von Orenstein & Koppel);

Holz- und Metallarbeitern nach Neustrelitz i. Mecklbg. (Gebr. Maaß);

Klavierarbeitern nach Coblenz (Mand);

Korbmachern nach Corbetha (R. Thieme und F. Muth);

Drechslern nach Altona (Maaß), Hainichen;

Stockarbeitern nach Nixdorf (Schmeling & Barta, Thüringerstr. 18);

Bürstenmachern nach Wittenberge (Otto Schäfer).

Scharfmacherpläne.

I.

—fk— Die moderne Gesellschaftsordnung beruht bekanntlich — rein theoretisch betrachtet — auf der Gleichberechtigung aller Staatsbürger. Die Gliederung der Gesellschaft in verschiedene Stände mit ungleichem Recht und daraus entspringenden Standesvorrechten, wie sie im Mittelalter zu Recht bestand, hat der Gleichheit vor dem Gesetze Platz gemacht. Als in der französischen Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts das Joch des mittelalterlichen Feudalismus zerbrochen wurde, prägte man als Wahlspruch für die Erklärung der allgemeinen Menschenrechte das stolze, vielsagende Wort: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!" Damals glaubte man, es werde ein neues Zeitalter entstehen mit der Devise:

„Alle Menschen, gleich geboren,
Sind ein adliges Geschlecht",

und ideale Schwärmer redeten sich ein, jetzt werde der christliche Grundsatz: „Alle Menschen sind Brüder in Christo" endlich zur Wahrheit werden. Doch die Ernüchterung folgte dem Rausch auf dem Fuße und heute haben die denkenden Arbeiter längst erkannt, daß die kapitalistische Gleichheit und Gleichberechtigung ebenso eine Phrase ist, wie einstmals die christliche. Wer heute noch an einer Gleichberechtigung zwischen Mensch und Mensch, zwischen Unternehmer und Arbeiter, redete, der setzt sich einem Hohngelächter aus.

Die Redensart von der Gleichberechtigung zwischen Arbeiter und Unternehmer spukt noch heute in vielen Köpfen, und es gibt sogar Staatsmänner und Sozialpolitiker, die da glauben, der Grundsatz: „Gleiches Recht für alle!" schwebe der deutschen Sozialpolitik als Leitstern vor. Allerdings hat der jetzige deutsche Kaiser in den Februarerlassen des Jahres 1890 die Aufgabe des Staates, „den Anspruch der Arbeiter auf gesetzliche Gleichberechtigung zu wahren", ganz besonders hervorgehoben, allerdings hat er auch späterhin noch zu wiederholten Malen die Forderung aufgestellt, „Behörden und Unternehmer müßten die Arbeiter als gleichberechtigt betrachten und behandeln". Wie wenig dies alles aber gefruchtet hat, weiß heutzutage jedes Kind. Es fällt weder den Behörden noch den Unternehmern ein, diese kaiserliche Aufforderung zu befolgen; ihre „Kaisertreue" ist in dieser Beziehung sehr wurmstichig.

Daß die Behörden keineswegs gewillt sind, den Grundsatz: „Gleiches Recht für alle!" auch den Arbeitern gegenüber zur Anwendung zu bringen, lehrt uns die tägliche Erfahrung mit erschreckender Deutlichkeit. Man braucht nur einen einzigen Blick in die Zeitungen zu tun, um diese ungleiche Behandlung zu beobachten. Vom höchsten Minister herab bis zum untersten Landgendarmen machen die Beamten instinktiv Front gegen die Arbeiter, sobald letztere von den ihnen gesetzlich zustehenden Freiheiten Gebrauch machen. Die Versammlungsfreiheit wird ihnen durch kleinliche Schikanen beschnitten, neben der Rede- und Preßfreiheit lauert der Drache des Strafgesetzbuches, und die Koalitionsfreiheit wird ihnen auf jede Weise illusorisch gemacht. Daß dies wirklich der Fall ist, wird von allen einsichtigen, unparteiischen Leuten zugegeben.

Der verstorbene Reichstagsabgeordnete Rich. Röside, ein Großindustrieller, hat verschiedentlich darauf hingewiesen, daß eine ungleiche Behandlung der Arbeiter durch die Behörden im Wesen des heutigen Staates begründet liege. Er schrieb vor kurzem folgendes: „Das Strafgesetzbuch läßt den Mangel voller Gleichberechtigung deutlich erkennen. In einer großen Zahl von Fällen kann oder muß auf Geldstrafen erkannt werden, an deren Stelle im Unvermögensfalle Gefängnisstrafe tritt. Während die Besitzenden sich somit der Freiheitsstrafe durch Zahlung eines gewissen Geldbetrages entziehen können, sind die Arbeiter dazu nur selten in der Lage. Abgesehen von der Entehrung, als welche die Gefängnisstrafe in der Regel gilt, wird durch sie nicht nur die Stellung und somit die Existenz der Arbeiter selbst, sondern auch die ihrer Familien sehr häufig in Frage gestellt. Ein großer Teil der Strafgesetze ist ferner dem Schutze des Eigentums gewidmet, während die Schädigung der Arbeitskraft nur nebensächlich behandelt ist. Und doch hängt die Existenz der Arbeiter in erster Reihe von ihrer Arbeitsfähigkeit ab, während dem Besitzenden diese noch immer verbleibt, wenn ihm auch sein Eigentum ganz oder zum Teil genommen ist. Jeder, der einen Gegenstand entwendet, mag dieser an sich oder für den Besitzer noch so unbedeutend oder wertlos sein, mag das Motiv zur Tat auf verschuldete oder unverschuldete Not zurückzuführen sein, wird wegen Diebstahls mit Gefängnis bestraft. Wer dagegen die Kräfte des Arbeiters im eigenen Interesse übermäßig in Anspruch nimmt, wer die Gesundheit des Arbeiters dadurch schädigt, daß er ihn in ungesunden Räumen arbeiten läßt, ist selbst dann straffrei, wenn ihm die Gefahr, um die es sich handelt, bekannt ist. Aber nicht nur die Wirkung der Gesetze ist verschieden, sondern sie finden auch nicht selter ungleiche Anwendung, je nachdem es sich um Besitzende oder Nichtbesitzende, um Arbeitgeber oder Arbeitnehmer handelt. Wie verschieden lauten die Urteile der Gerichte gegen Arbeiter, die sich ihren Arbeitgebern gegenüber vergangen haben, im Vergleich zu den Entscheidungen, bei denen es sich um Uebergriffe oder um strafwürdige Vergehen seitens der Arbeitgeber handelt. Vergehen gegen die öffentliche Ordnung, welche den Söhnen der oberen Klassen, z. B. den Studenten und Offizieren, als Uebermut angerechnet werden, finden — von Arbeitern begangen — streng Bestrafung. Wird man glauben, daß jemals ein Arbeiter so aufreizende Reden gegen die Juden hätte halten dürfen, wie dies Graf Pückler-Klein-Tschirne Jahr und Tag getan hat, ohne daß sich ein Staatsanwalt fand, um dieses gesetzwidrige Treiben zu verhindern?"

Auch der bekannte konservative Politiker, Prof. Hans Delbrück, hat unter der bezeichnenden Stichmarke: „Klassenjustiz" darauf hingewiesen, daß die Behörden dem Gedanken einer Gleichberechtigung zwischen Arbeitern und Unternehmern völlig fassungslos gegenüberstehen, und daß sie den Arbeiter noch immer als Menschen zweiter Klasse behandeln. „Was verstehen wir unter „Klassenjustiz?" so fragt er, und er antwortet darauf: „Selbst die Sozialdemokratie behauptet nicht, daß es bewußte Parteilichkeit und Ungerechtigkeit sei, sie behauptet nur, daß die Inhaber der richtenden Gewalt bei uns unbewußt befangen sind in gewissen Vorstellungen ihres Standes und ihrer Klasse, und aus diesem Vorstellungskreise heraus fortwährend Urteile sprechen, die von den niederen Klassen als schweres Unrecht empfunden werden. Ich glaube, daß tatsächlich hier der eigentliche Knotenpunkt unserer politischen Verwicklung ist. Worüber haben sich denn die unteren Klassen bei uns eigentlich zu beklagen? Es ist ja eine Albernheit, zu meinen, daß durch bloße demagogische Agitation eine Partei von drei Millionen Wählern zu stande gebracht wird, die in anderen verwandten Kulturstaaten, z. B. England, überhaupt nicht existiert. Es müssen große, überaus drückend empfundene Beschwerden vorhanden sein; wo sind sie? Materielle Ueberlastung mit Steuern? Das kann so schlimm nicht sein, denn im ganzen geht es unseren niederen Klassen nicht schlechter, als anderswo, eher besser. Die großen Wohltaten der sozialen Versicherungsgesetze werden von ihnen selber nicht geleugnet. Die beschränkte Teilnahme an der Regierung durch die Klassenwahl wird von den Massen so direkt wenig empfunden; das, was sie empfinden, ist tatsächlich die Behandlung, die ihnen von den Verwaltung-, Polizei- und Justizbehörden zu teil wird. Die Behörden nehmen in den Lohn- und Arbeitskämpfen die Partei der Unternehmer. Im Staate der allgemeinen Wehrpflicht, der allgemeinen Schulpflicht und des allgemeinen Wahlrechts fühlen die Arbeiter sich nicht als Gleichberechtigte. Hier also muß vor allem eingesetzt werden mit der Besserung. Aber es ist ungeheuer schwer. Es ist viel schwerer, als Gesetze zu ändern. Es handelt sich darum, in unserem ganzen Beamtentum einen anderen Geist heranzubilden. . . . . Die große Mehrzahl der Beamten versteht es eben nicht anders, die Staatsautorität geltend zu machen, als dadurch, daß sie, wo sich auch eine Gelegenheit bietet, möglichst schneidig auftreten und eingreifen. Welch unermeßlichen Schaden solche überschneidigen Urteile und Maßnahmen der Staatsautorität tatsächlich zufügen, indem sie in der Menge den leidenschaftlichen Haß erzeugen, das machen sich diese Präsidenten, Geheimen Räte, Richter und Staatsanwälte gar nicht klar. Alle Arbeit gegen die Sozialdemokratie, strenge Unterdrückung oder Wohltat, soziale Gesetzgebung und Belehrung, Vaterlandsliebe und Religion, alles wird keine Wirkung haben, so lange nicht ein anderer Geist in unsere Strafkammern eingezogen ist."

Diese Kritik an dem Beamtentum ist sehr gut, wird aber wohl wenig nützen; wir können auf diesen „anderen Geist" noch lange warten.

Ebensowenig wie den Behörden fällt es den Unternehmern ein, die Arbeiter auf dem Fuße der Gleichberechtigung zu behandeln. Im Gegenteil macht sich hier ein Kapitalprotzentum breit, das geradezu widerlich ist. Und eigentümlicherweise nimmt das Bürgertum und das Beamtentum stets Partei für das Protzentum. In dieser Beziehung machte der verstorbene Röside folgende, sehr treffende Bemerkungen: „Sobald Arbeiter bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen suchen, insbesondere höhere Lohnforderungen geltend machen, entrüsten sich in der Regel nicht nur die betreffenden Unternehmer, sondern auch weitere, dabei gar nicht interessierte Kreise. Sobald die Arbeiter nun gar von ihren Rechten Gebrauch machen und zur Erreichung ihrer Zwecke die Arbeit niederlegen, wird das als ein Eingriff in die Rechte der Arbeitgeber, als eine Herausforderung angesehen, die energische Zurückweisung erheischt. Erhöhen dagegen die Unternehmer ihre Preise, schließen sie sich in Kartellen oder Syndikaten zusammen, um die augenblickliche Konjunktur auszunutzen, so finden nicht nur sie das ganz in der Ordnung, sondern auch die öffentliche Meinung hat nur selten etwas einzuwenden. Ich brauche nur an die Kohlen- oder Eisenbranche zu erinnern, welche ihre Preise nicht selten von Monat zu Monat erhöhen, ohne daß darüber in den davon betroffenen Kreisen viel Aufhebens gemacht wird. Man denke, von Monat zu Monat! Wenn Arbeiter dagegen auch nur innerhalb Jahresfrist wiederholte Lohnerhöhungen durchzusetzen versuchen sollten, so würde man kaum Worte finden, um ein so „frivoles Vorgehen" zu kennzeichnen! Hält man denn in bürgerlichen Kreisen nicht den für einen schlechten Geschäftsmann, der es versäumt, günstige Konjunkturen auszunutzen? Warum sollen für den Arbeiter andere Grundsätze gelten, warum soll nicht auch er berechtigt sein, seine Haut so teuer wie möglich zu Markte zu tragen? Und wie ist das Verhalten der Unternehmer den Arbeitern gegenüber bei Arbeitseinstellungen und dergleichen wirtschaftlichen Kämpfen? Wenn sich auch ein Umschwung in verschiedenen Gewerben bereits bemerkbar macht, so verweigern die Unternehmer in der Regel doch noch heute jedes Unterhandeln mit den Arbeitern. Ja, sie verübeln es sogar ihren Berufs- oder Klassengenossen, wenn sie sich in dieser Beziehung auf einen anderen Standpunkt stellen. Unter dem Vorwande, nur mit den eigenen Arbeitern zu tun zu haben, wird jeder Versuch der Arbeiterorganisation, die Vermittlung zu übernehmen, schroff zurückgewiesen. So war es in Hamburg, so war es bei dem letzten allgemeinen Glasarbeiterstreik und anderen größeren Arbeitseinstellungen. Einerseits hält man es nicht der Würde der Arbeitgeber entsprechend, mit Arbeitern überhaupt in Verhandlung zu treten, anderseits ist man sich in diesen Kreisen wohl bewußt, daß die Arbeiter nur in ihrer Gesamtheit, nicht in den einzelnen Betrieben, der Macht der Unternehmer gewachsen sind. Daß ein solches Benehmen der Arbeitgeber geeignet ist, die Kluft, die zwischen ihnen und den Arbeitern besteht, nicht nur zu erhalten, sondern zu erweitern, wird kaum bestritten werden können!"

Diese Wort eines vernünftigen, unparteiischen Mannes, der selbst dem Stande der Großkapitalisten angehörte, finden in den Kreisen des Unternehmertums kein Gehör. Die „Herren im Hause", die Großindustriellen so gut wie die kleinen Innungskrauter, blicken mit Verachtung auf die Arbeiter herab und lachen über die Forderung, daß sie ihre Arbeiter auf dem Fuße der Gleichberechtigung behandeln sollen. Weder auf wirtschaftlichem noch auf politischem Gebiete wollen sie ihnen das gleiche Recht zugestehen. Ihre Frechheit nimmt immer mehr zu, und neuerdings beginnt das Kapitalprotzentum auch damit, die politischen Rechte des Arbeiters anzutasten. Wirtschaftlich unfrei und politisch rechtlos soll der Arbeiter werden — das ist das Ideal des deutschen Unternehmertums. Darüber sprechen wir in einem Schlußartikel.

Zentralverband der Ortskrankenkassen.

Die zehnte Jahresversammlung begann am 13. Septbr. Abends zu Breslau im „Palastrestaurant" mit einer Vorversammlung. Der Vorsitzende der Ortskrankenkasse Leipzig, Apothekenbesitzer Steinmetz, eröffnete die Jahresversammlung, indem er die zahlreich erschienenen Delegierten willkommen hieß und insbesondere den Regierungsrat Spangenberg-Breslau, der im Auftrage des Regierungspräsidenten den Verhandlungen beiwohnte. Zu Vorsitzenden wurden Steinmetz-Leipzig, Jünger-Breslau und Tobler-München gewählt. Als Schriftführer fungierten Eichstedt-Weimar, Magnan-Berlin und Rasmus-Berlin. Es wurde nach längerer Debatte beschlossen, die einzelnen Anträge, betreffend Gesetzabänderung, einer neungliedrigen Vorberatungskommission zu überweisen. Die eigentlichen Verhandlungen begannen Montag Vormittag um 9 Uhr.

Anwesend waren 172 Vertreter für 112 Kassen mit 1 170 160 Versicherten.

Im Namen der geschäftsführenden Kasse erstattete Direktor Uhlmann-Leipzig einen kurzen Bericht über die Tätigkeit derselben im vergangenen Jahre, wobei er auf den gedruckten Bericht verwies.

Sydow-Berlin kritisierte scharf, daß der Bericht in so unvollkommener Weise geliefert worden sei. All' die wichtigen Vorkommnisse des letzten Jahres auf dem Gebiet der Sozialreform hätten darin nicht die entsprechende Würdigung erfahren: Die Wohnungsfrage, die Arztfrage, die neue Krankennovelle, der Krankenkassenkongreß. Der geschäftsführende Ausschuß dürfe nicht zu einer reinen Registriermaschine herabsinken. Es sei aber selbst nicht einmal alles registriert worden. Besonders notwendig sei es insbesondere gewesen, die scharfen Angriffe zurückzuweisen, die die Aerzte gegen die Krankenkassenverwaltungen geschleudert hätten. Ebenso hätte die Frage der Reichsarzneitaxe, die den Krankenkassen einen großen Teil ihrer Einnahmen zu verschlingen drohe, eine Erwähnung verdient. Er drückt den Wunsch aus, daß das in Zukunft besser werden möge.

Uhlmann-Leipzig erwiderte, daß bisher eine solche Erweiterung des Berichts nicht gewünscht worden sei. Es sei übrigens zu befürchten, daß, wenn der Wunsch des Vorredners erfüllt werden solle, der Bericht zu einem wissenschaftlichen Werk werden würde.

Prinz-Kottbus regte an, zur Unterstützung der geschäftsführenden Kasse eine ständige Kommission zu wählen.

Fischer-Weimar griff ebenfalls den Bericht an. Was solle die Regierung denken, wenn man zu derartig wichtigen Fragen keine Stellung nähme?

Ein Antrag Prinz, eine ständige Kommission zur Unterstützung der geschäftsführenden Kasse zu wählen, wurde angenommen.

Geh. Medizinalrat Dr. Neißer-Breslau hält dann einen Vortrag über das Thema: „In wieweit können die Krankenkassen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten beitragen?" Er verlangt zunächst eine gute Statistik. Es müßten gesetzliche Vorschriften angestrebt werden, durch welche die Aerzte in die Lage versetzt werden, den Kassenverwaltungen gegenüber die Geheimhaltung über die Art der Krankheit aufzugeben, die Kassenverwaltungen sollten ihrerseits auf die Geheimhaltung der ihnen zugegangenen Mitteilungen strengstens Bedacht nehmen. Die Kassen sollen möglichst viel Vorträge zur Aufklärung über die Gefahren der Geschlechtskrankheiten halten lassen. Die Aerzte würden zur Haltung dieser Vorträge gern bereit sein; die Vorträge seien jedoch getrennt für Frauen und Männer zu halten. Der Referent empfiehlt als das rationellste Mittel zur Eindämmung von Geschlechtskrankheiten die Krankenhausbehandlung; weiter müsse aber vor allem auch dem Wohnungswesen, der besseren Ausgestaltung der Krankenkontrolle großer Wert beigelegt werden. Um den Kassen eine möglichst weitgehende Durchführung der Krankenhausbehandlung zu ermöglichen, müßten den Krankenkassen möglichst günstige Verpflegsätze gestellt werden. Die Kassen müßten für gute Spezialärzte sorgen. Dem Kurpfuschertum, das sich besonders auf diesem Gebiet breit mache, sei scharf entgegenzutreten. Die Anstellung weiblicher Kontrolleure sei anzustreben. Ueberall sei auf die weitgehende Zusammenfassung der Kräfte der Krankenkassen hinzustreben und eventuell staatliche Subvention zu fordern. Schließlich sei eine regelmäßige, jährlich ein- oder zweimal stattfindende obligatorische Untersuchung aller Kassenmitglieder zu erwägen. Die Kassen müssen ermächtigt werden, alle zur Prophylaxe notwendigen Ausgaben zu machen.

Der Vortrag soll auf Beschluß des Krankenkassentags in Druck gegeben werden.

In der Debatte wurde besonders von Gräf-Frankfurt darauf hingewiesen, wie wenig Verständnis die Krankenkassen mit ihren Bestrebungen bei Regierung und Behörden finden. Er wies ganz besonders auf die Notwendigkeit eines größeren Schutzes der Dienstboten hin. Viele Kurpfuscher seien auch unter den Aerzten zu finden, die brieflich ihre Praxis betreiben.

Siebert-Berlin wies auf die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit hin.

Fischer-Weimar bezeichnete die vielfachen Anregungen des Professor Neißer als Zukunftsmusik.

Müller-Bremerhaven betonte die Schwierigkeit, eine gute Statistik zu treiben.

Cohn-Berlin erklärte, daß die Behörden sehr oft ein Hemmschuh für die Fortentwicklung der Krankenfürsorge seien. Das Institut der Krankenkontrolleure müsse in den Dienst der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gestellt werden. Jetzt würden sie vielfach nur als Spitzel verwendet.

Dr. Lennhoff nahm die Aerzte in Schutz gegen die von einigen Rednern vorgebrachten Angriffe. Er ist für Tagessanatorien für Geschlechtskranke im Gegensatz zu Geheimrat Dr. Neißer, der nicht viel davon hält. Auf dem Lande sei die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten minder stark wie in der Stadt. Wenn eine obligatorische Untersuchung aller Krankenkassenmitglieder eingeführt würde, dann würde sich zeigen, wie groß die Zahl der ärztliche Behandlung Bedürfenden sei, und daß die ganze Krankenversicherung eine „schöne Täuschung" sei.

Geheimrat Neißer betonte im Schlußwort, daß der Vortrag wohl anregend auf die intensivere Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gewirkt habe. (Beifall.)

Als nächster Punkt folgte der Vortrag des Rechtsanwalts Dr. Honigmann über das Thema: „Die Aufgaben der Krankenkassen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft." Redner wirft zunächst einen historischen Rückblick auf die Entwicklung des Krankenkassenwesens. Am 1. Dezember 1903 werden zwei Jahrzehnte verflossen sein, seit das Krankenversicherungsgesetz in Kraft getreten ist. Um zu erkennen, wie die Entwicklung der Krankenkassen in diesem Zeitraum sich vollzog, empfiehlt es sich, den Zustand vor und bei Beginn dieser Periode ins Auge zu fassen. Schon lange vor 1883 gab es Krankenkassen, es gab freie und Zwangskassen, Gesellenkassen und Fabrikkassen, Innungs- und Knappschaftskassen. Der Haupttypus der Zwangskasse, der für die Ortskassen vorbildlich geworden ist, waren die Gesellenkassen. Sie bestanden in der Regel nur für die Gesellen eines bestimmten Handwerks. Ihre Verwaltung führte der Altgeselle unter Mitwirkung des Beisitzmeisters. Der Wochenbeitrag belief sich in der Regel auf einen Silbergroschen, wovon 9 ₰ auf den Gesellen und 3 ₰ auf den Meister kamen. Die Hauptform der Krankenfürsorge bildete die Hospitalpflege. Das Sterbegeld betrug meistens 20 Thaler. Solcher Kassen gab es in Breslau Ende der fünfziger Jahre 44 mit zusammen 7000 bis 8000 Mitgliedern. Es gibt noch heute eine Menge Ortskrankenkassen, die sich leider kaum wesentlich von jenen Gesellenkassen unterscheiden. Stellen wir uns aber einmal dieser bescheidenen Existenz das Bild gegenüber, wie es heute die fortgeschrittenen Krankenkassen bieten, so zum Beispiel die Ortskrankenkasse für Leipzig, die in vielen Beziehungen an der Spitze marschiert, welch' ganz anderer Art zur Bewältigung der Kassengeschäfte, welch' ganz anderer Geist der Verwaltung, welch' machtvolle wirtschaftliche und soziale Stellung. Der Fortschritt ist ein ganz außerordentlicher. Wie ist das gekommen? Was die Ausdehnung der Ortskrankenkassen betrifft, so war es bei Durchführung des berufsgenossenschaftlichen Prinzips unvermeidlich, daß in großen Städten mit starker industrieller Bevölkerung auch viele und viele für ein einzelnes Gewerbe errichtete Kassen mit der Zeit eine beträchtliche Mitgliederzahl erreichten. Auf diese Weise bildeten sich Ortskrankenkassen mit mächtigem Gefüge, die gleichsam als Pioniere des Fortschritts den übrigen voraneilen, unausgesetzt bemüht, ihre Tätigkeit zu erweitern und zu vertiefen. Damit ist der Schlüssel für die Aufgaben der Zukunft gegeben, denn worin anders könnten sie bestehen, als auf diesem Wege der Vervollkommnung weiterzuschreiten? Der Redner zieht einen Vergleich zwischen der Krankenfürsorge der Vergangenheit und der Gegenwart und bespricht sodann die Möglichkeit, die Aufgaben der Krankenkassen noch intensiver zu gestalten. Hierfür öffnen sich den Kassen zwei Wege. Sie können den Kreis ihrer Mitglieder erweitern, teils aus eigener Kraft, indem sie, wie § 26a Ziffer 5 des Gesetzes ihnen gestattet, das Beitrittsrecht auch anderen Personen, wie kleinen Handwerkern, Beamten oder Dienstboten einräumen, teils mit Hülfe der Gemeinden oder weiteren Kommunalverbände; indem sie bei diesen die Erstreckung des Versicherungszwanges auf unständige Arbeiter Hausindustrielle, in Kommunalbetrieben, in der Land- und Forstwirtschaft beschaftigte Personen beantragen und erwirken. können sie aber auch die Familienversicherung für die Angehörigen ihrer Mitglieder erwirken. Das klassische Beispiel für die neue Richtung der Krankenkassentätigkeit sind die Wohnungsenqueten, mit denen die Ortskrankenkassen der Kaufleute in Berlin bahnbrechend vorgegangen sind und nunmehr bereits andere Kassen, Magdeburg, Straßburg, Kiel, Gera, Sonneberg, Höchst und Leipzig sich befassen. Die Krankenkontrolleure, welche die erwerbsunfähigen Kranken besuchen, haben die Wohnungsverhältnisse zu prüfen, ein Formular auszufüllen und dem Rendanten abzuliefern. Der Wert dieser Enqueten kann nicht hoch genug angeschlagen werden. Aehnliche Erfolge winken den Kassen auf dem Gebiet der Gewerbehygiene. Wie sehr die Gesundheit der Mitglieder von den Verhaltnissen, unter denen sie arbeiten, und von den Besonderheiten ihres Berufes beeinflußt wird, sei allgemein bekannt. Ueberlange Arbeitszeit, ungesunde Arbeitsräume, Staub, Hitze, Kälte, Feuchtigkeit, Mangel an Luft und Licht schwächen die Konstitution des Arbeiters in hohem Maße. Bei der Arbeit sieht er sich jeder Augenblick umrungen von Gefahr. Für die genauere wissenschaftliche Erforschung dieser Einflüsse bieten gerade die Krankenkassen ein ausgezeichnetes Material, dessen Bearbeitung den Kassenärzten eine dankbare Aufgabe stellt. Die Ergebnisse dieser Forschungen lassen sich zum Vorteil der Mitglieder nutzbar machen, indem auf Beseitigung der Uebelstände gedrungen werden könne. Damit ist der Kreis der Aufgaben aber noch nicht geschlossen, die sich den Krankenkassen eröffnen, wenn sie von der Unterdrückung zur Verhütung der Krankheiten übergehen und die Hebung der Volksgesundheit auf ihre Fahne schreiben. Alle diese Wohlfahrtsbestrebungen können ihre Wirkungen nicht voll entfalten, wenn nicht eins sich gleichzeitig vollzieht, der wirtschaftliche und soziale Aufstieg der arbeitenden Bevölkerung. Die soziale Frage gehört zum Arbeitspensum der Krankenkassen. Welchen Einfluß die Arbeitsbedingungen haben, wie sehr sie der Verbesserung bedürfen, das zeigen die Krankenkassen. Die Gesundheit des Arbeiters hängt von seiner Lebenshaltung ab. Soll er sich besser nähren, besser kleiden, besser wohnen, so muß sein Einkommen erhöht werden. Höherer Lohn und bessere Arbeitsbedingungen, das sind ja aber die Ziele der Arbeiterbewegung, das ist der Preis, um den bei jedem Streik und jeder Aussperrung gerungen wird. So können denn die Krankenkassen auch dem Lohnkampf nicht gleichgültig, teilnahmslos zusehen. Und alle Fragen, die für den Austrag des Kampfes von Belang sind, vornehmlich die Frage der Organisationen, aber auch die Probleme seiner friedlichen Lösung, der Schiedsgerichte, Einigungsämter, der Tarifgemeinschaften, sind auch für die Krankenkassen von Bedeutung.

Selbst die Politik, das politische Leben, das Parteiwesen, der Klassenkampf, selbst das kann für die Kassen nicht gleichgültig sein. Bleibt denn den Arbeitern etwas anderes übrig, wenn sie das, was sie für gut und notwendig erkannt, auch durchsetzen wollen? (Bravo!) Sie müssen sich bemühen, ihre Vertreter ins Parlament zu bringen. Es gibt eben keine Grenze zwischen Politik und Sozialpolitik. Vieles läßt sich dadurch erreichen, daß persönliche Beziehungen zwischen der Kassenverwaltung und denjenigen Stellen angeknüpft werden, die verwandte Aufgaben verfolgen: die Gewerbe-Inspektoren, Stadt-, Armen- und Schulärzte, die Gesellschaften zur Bekämpfung der Tuberkulose, des Alkoholismus. Als Bundesgenossen der Krankenkassen zählt Redner die Behörden und insbesondere die Aufsichtsbehörden, ferner die Männer der Wissenschaft, Juristen, Sozialpolitiker, Statistiker ꝛc. auf, sie alle lieferten den Krankenkassen zu ihrem Kampfe Waffen, Werkzeuge zu ihrer Arbeit.

Redner schloß seinen Vortrag mit folgendem Leitsatz: „Was früher von wenigen größeren Kassen, die bahnbrechend vorangegangen, vereinzelt geleistet worden ist, muß künftig allgemein als Aufgabe der Krankenkassen innerhalb der natürlichen und gesetzlichen Schranken in Angriff genommen werden, nämlich:

1. die intensivste Ausgestaltung der Fürsorge für die Versicherten und ihre Angehörigen;

2. die Förderung aller Bestrebungen auf dem Gebiete der Volksgesundheitspflege, namentlich derjenigen, die auf Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Klassen gerichtet sind. Dieses Ziel ist am ehesten von großen, leistungsfähigen Ortskrankenkassen, durch energische Teilnahme der männlichen und weiblichen Mitglieder an der Kassenleitung, mit einer gut gestellten Beamtenschaft und mit Unterstützung der Aerzte, der Behörden, der Wissenschaft und der Presse zu erreichen."

Dr. Honigmann erntete stürmischen, anhaltenden Beifall von der Versammlung.

Als Mitreferent sprach Pring-Kottbus über dasselbe Thema vom Standpunkt des Praktikers. Er forderte eine Differenzierung der Beitragsklassen auf Grund des individuellen Arbeitsverdienstes, die Erhöhung der Beitragssätze, die Erweiterung der Krankenunterstützung und deren Erhöhung, vorbeugende Tätigkeit der Krankenkassen unter Anstrebung der Kostenmitverteilung auf Berufsgenossenschaften und Landesversicherungsanstalten, Sicherung eines sozialpolitisch geschulten Beamtenstandes und ausreichende Versorgung desselben durch angemessne Dienstverträge, Belebung und Vertiefung der Selbstverwaltungseinrichtungen, Heranbildung der Kassenorgane zur verständnisvollen Mitarbeit. (Beifall.)

Als Ort des nächsten Verbandstages wurde München gewählt.

Ueber die Bedeutung der Tuberkuloseheilstätten

hat Dr. Georg Liebe in Waldhof-Elgershausen in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift" einen Artikel veröffentlicht, den, weil er Wahrheiten enthält, wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Der Aufsatz wird der auch von uns anerkannten Bedeutung der Heilstätten vollkommen gerecht, erläutert aber zugleich aus den sozialen Verhältnissen der Heilstättenpatienten heraus die Frage, warum die Erfolge der Bewegung immer nur geringfügige bleiben können. Solange den Volksheilstätten nur eine Kurzeit von 13, bisweilen auch von 26 Wochen zur Verfügung steht, können sie Krankheiten, die den Körper vielleicht schon 26 Monate und noch länger angegriffen haben (darin gesteckt haben sie vielleicht schon seit der Kindheit), nicht „heilen". — Dr. Liebe schildert dann die Verhältnisse der Kranken, die — meist ja nur „erheblich gebessert" — aus den Heilstätten entlassen werden: „Die Familie wurde zwar während der Kurzeit unterstützt. Gut! Aber reicht diese Unterstützung aus? Nein, fast nie. Wie kann eine Frau mit fünf Kindern, die ℳ 9 wöchentlich Unterstützung bekommt, in Berlin leben, wenn sie davon monatlich noch ℳ 28 Miete bezahlen muß? Almosen aber nimmt nicht jeder ehrliche Kerl gern an. Und wenn er, der Not gehorchend, sich dazu entschließt, so fallen sie auch spärlich genug aus. Kommt der Kranke zurück, so muß er arbeiten, damit er die Schulden bezahlen und den schon drängenden Hauswirt befriedigen kann. Sonst wird er an die Luft gesetzt. Also heißt es: Arbeit suchen! Man schreibt ihm schon 14 Tage Schonung auf, damit er bei Genuß von Krankengeld sich um eine Stelle bekümmern kann. Früher wurde soviel davon geredet, daß „natürlich" jeder sozial denkende Arbeitgeber seinen Arbeitern doch während dieser 13 Wochen ihre Stellung offen halten werde. Glaubt das heute noch einer? Leute, die jahrelang in demselben Geschäft waren, bekommen Briefe in die Anstalt: „Wenn Sie nicht bis zum so und so vielten als vollständig brauchbar zurückkommen, so sehe ich mich genötigt, die Stellung anderweit zu vergeben." Natürlich unterbricht der Mann stets seine Kur, um nicht mit den Seinen Hunger leiden zu müssen. — Und hat sich einer die Tuberkulose durch schlechte Wohnung und schlechte Kost, weil es eben nicht zu besserem reichte, durch ungünstige Berufsverhältnisse, durch einen schlechten Arbeitsraum und wer weiß was sonst geholt, so soll er, in der Heilstätte reichlich belehrt, das nun alles bessern. Das Volk sagt: Ja, wenn kleine Steine Gold wären! Er möchte sich nicht mehr so anstrengen, soll also lieber eine Stelle annehmen, worin er etwas weniger verdient, die aber gesünder ist. Und dann soll es zu besserer Wohnung und besserer Kost reichen? Und nebenbei noch Schulden bezahlen? Und der Mann, dem durch die Kur in einer Heilanstalt heute noch ein „Stigma" (Merkmal) anklebt, soll so anmaßend sein, sich die Arbeitsbedingungen auszusuchen und hier zu mäkeln, da zu bemängeln, bis er die günstigsten Arbeitsbedingungen findet, die ihn vor Rückfällen schützen? Ach, du lieber Gott! Wenn er acht Tage herumgelaufen ist und überall abgewiesen wurde, greift er zuletzt zu der ungesündesten Arbeit, um nur endlich mit dem erlösenden Worte heim zu den Seinigen zu kommen: Ich habe Arbeit. Da läßt sich am grünen Tische, in Komitee- und Ausschußsitzungen und von der Tribüne des Reichstagsgebäudes, bei Kongressen so viel Schönes reden. Man frage aber die Heilstättenärzte, die wirklichen Praktiker, was sie von diesem Steckenpferde des Berufwechsels halten. Sie lächeln. Es laufen Hunderte von arbeitslosen und arbeitswilligen Gesunden herum, so daß die entlassenen Heilstättenkranken ihre liebe Not haben, durch allerlei Fürsprache usw. doch noch mit unterzukommen." Dr. Liebe schließt aus alledem: „Da aber die sozialen Verhältnisse, die schlechten Wohnungen, die schlechten Ernährungsbedingungen, die noch vielfach mangelhaften Berufsverhältnisse, die ganz kläglich organisierte Unterstützung der Familien und der aus der Heilstätte Entlassenen die Erfolge wieder einreißen, muß man jetzt einmal aufhören, immer neue Heilstätten zu errichten, die wenigstens im Winter zur Hälfte leer stehen, und muß vielmehr den Wirkungskreis der helfenden Kräfte erweitern und diese wieder krank machenden Umstände zu beseitigen suchen, die hygienischen und sozialen Verhältnisse des Volkes zu bessern trachten."

Die Geschäftslage und der Export in der Musik-Instrumenten-Industrie.

In der „Mus.-Instr.-Ztg." wird in einem für die Musikinstrumentenarbeiter sehr interessanten Artikel untersucht, und zwar gestützt auf die amtlichen statistischen Nachweisungen über unseren Außenhandel, ob die Geschäftslage in der Musikinstrumentenindustrie sich gegenüber 1902 gehoben hat oder nicht. Der Verfasser des Artikels kommt nach Prüfung der Ziffern zu dem Schluß, daß der Außenhandel, wenn auch nicht gerade ein glänzendes, so doch ein recht befriedigendes Bild bietet. Der traurige Stand des Jahres 1902 scheine endlich dauernd überwunden zu sein. Die Exportziffern gehen schon über die des Jahres 1901 hinaus.

„Dies ist um so erfreulicher," heißt es in dem Artikel, „als zwei Gebiete auf dem Weltmarkt, die bislang erheblich ins Gewicht fielen, in ständigem Rückgang begriffen sind: Rußland und Australien. Was unsere Nachbarn im Osten anbetrifft, so ist daran nicht allein der drohende russische Zolltarif schuld — dann hätten wir immerhin noch einige Aussicht, beim Abschluß von Handelsverträgen durch gegenseitige Konzessionen wieder festen Fuß zu fassen — viel bedenklicher für deutsche Exporteure scheint uns der Umstand, daß Rußland mit Erfolg bestrebt ist, die eigene Produktion in einer Weise zu heben, daß sie den eigenen Bedarf im Lande selber decken kann." „Allerdings," heißt es weiter, „ist die Vorliebe für gute deutsche Flügel und Pianos immer noch vorhanden; wenn aber deren Einfuhr durch die geplanten Zölle (Revanchezölle! R. d. „H.-Ztg.") so verteuert werden sollte, wie es der neue russische Zolltarif vorsieht, so dürfte sich auch der Export nach dort noch weiter verringern, als es jetzt schon der Fall ist." Bezüglich der Stockung des Absatzes in Australien heißt es, daß für Luxusartikel, wozu auch Musikinstrumente zählen, momentan wegen der Mißernten und unsicheren innerpolitischen Zustände — zur Zeit kein Geld im Lande ist. Es wird aber gehofft, daß, da die deutschen Musikinstrumente dort den Markt ganz sicher beherrschen, mit dem Aufhören der traurigen wirtschaftlichen Lage die Ausfuhr wieder in alter Weise nicht nur wieder erreicht, sondern übertroffen werden könne. Zwar bemühen sich die Vereinigten Staaten, den deutschen Instrumenten diesen Teil des Weltmarktes abzunehmen; solange aber die deutschen Pianos in einer Ausstattung, wie sie in Australien gewünscht werde, hergestellt würden, würden die viel teureren amerikanischen Erzeugnisse uns keinen allzu großen Schaden tun können.

Jetzt fange auch Großbritannien wieder an, der alte gute Kunde zu werden. „Käufer," heißt es, „kommen in großer Zahl zu uns über den Kanal; Vertretungen leistungsfähiger deutscher Fabriken in England werden täglich gesucht, und unsere Exporteure äußern sich durchweg zufrieden."

Frankreich ist seit 1½ Jahren Hauptabnehmer von mechanischen Musikinstrumenten geworden. In diesem Artikel ist sein Bedarf gegen das Vorjahr mehr als verdreifacht worden. Auch in Südafrika, im Burenlande, beginnt die Aufnahmefähigkeit von Musikinstrumenten sich zu steigern. Auch für Klaviere ist dem Export ein neues aufnahmefähiges Absatzgebiet erschlossen.

„Weniger rosig," heißt es am Schluß des Artikels, „aber ist das Bild, welches der Innenhandel bietet. Schon das geschäftliche Leben auf der verflossenen Herbstmesse gab davon einen betrübenden Eindruck, und leider wollen die Klagen über schlechte Zeiten, mangelnde Kauflust und weichende Preise noch nicht verstummen. Wir hoffen aber, daß auch hier die Stagnation nur von vorübergehender Dauer ist und auf die magere eine um so fettere Zeit anbrechen wird."

Hat die verehrte „Musikinstrumenten-Zeitung" vielleicht einmal daran gedacht, daß die schlechten Zeiten und die mangelnde Kauflust zum guten Teil auf den künstlich durch Massenaussperrungen heraufbeschworenen schlechten Geschäftsgang, über den alle Geschäftsleute klagen zurückgeführt werden können? Wir erinnern an die Eingaben der Bürgerschaft in Cassel und Crimmitschau, die maßgebenden Behörden möchten sich dafür verwenden, daß der Friede wieder hergestellt werde. Wo die Konsumtionsfähigkeit der Massen durch niedrige Löhne und Massenaussperrungen niedergehalten und der Geschäftsgang brachgelegt wird, läßt sich keine Besserung, auch keine für die Absatzmöglichkeit der Musikinstrumente, erhoffen.

Die Lohnbewegung der Stockarbeiter in Berlin-Rixdorf.

Bei der Firma Stockfabrik Schmeling & Barta in Rixdorf, Thüringerstr. 18, sind sämtliche Kollegen, als: Drechsler, Bieger, Feiler und Schleifer, am Donnerstag, den 8. d. M., in den Ausstand getreten. Ueber die Ursachen wurde sofort im „Vorwärts" berichtet. Außerdem fand am Sonntag, den 11. d. M., im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, eine Branchenversammlung der Stockarbeiter Berlins und Umgegend statt, zu welcher auch die Herren Fabrikanten eingeladen waren. Von den Unternehmern waren, soviel wir feststellen konnten, die Firmen Brückmann & Höhne, Goldbach, Lawy und Remmert durch Herrn Jedek und Spinne vertreten. Ueber die Ursachen des Streiks wurde nachfolgender Bericht gegeben. Ein ganz unerhörtes Vorgehen der Firma Schmeling & Barta ist es, das die Kollegen zwang, in den Ausstand zu treten. Schon seit Monaten fanden fortgesetzt Streitigkeiten über die Löhne der Feiler und Schleifer statt, die zu der Forderung an die Unternehmer führten, in Verhandlungen über den Tarif einzutreten, teils um kleine Aufbesserungen des Lohnes herbeizuführen wie auch Ungenauigkeiten im Tarif klar zu stellen. Alles wurde von den Chefs bewilligt, aber trotzdem die Verhandlungen fortgesetzt wurden, wurde der Tarif nicht fertig. In einer Werkstattsitzung vom 5. d. M. wurde dann endlich der Beschluß gefaßt, wenn bis Montag, den 12. d. M., Vormittags 9 Uhr, der Tarif nicht soweit gefördert ist, daß die Kollegen und die Firma ihn durch Unterschrift anerkennen können, die Arbeit bis zur Fertigstellung des Tarifs eingestellt wird. Die Mitteilung dieses Beschlusses bewirkte, daß jetzt endlich energisch an die Ausarbeitung des Tarifs herangegangen wurde, so daß derselbe jetzt ziemlich fertiggestellt ist. In derselben Werkstattsitzung wurde aber des weiteren die Mitteilung gemacht, daß die Firma Schmeling & Barta in Weißensee sich eine Anzahl Insassen der jüdischen Arbeiterkolonie und Asyl, angeblich bis zu 40 Mann, gemietet habe, um dort fabrizieren zu lassen, und zwar zu folgenden Bedingungen: die Firma zahlt pro Mann an die Leitung der Kolonie pro Tag 70 ₰; gearbeitet wird 11½ Stunden mit 2 Stunden Pausen, und zwar 5 Tage in der Woche, der Sonnabend als jüdischer Ruhetag ist frei. Außerdem wird ein Arbeitspensum festgesetzt; wer mehr als 70 ₰ verdient, dem wird der Mehrverdienst gespart und beim Austritt aus der Anstalt ausgezahlt. Jeder Kolonist muß laut Statut sich für 18 Wochen zur Arbeit verpflichten, jedoch darf niemand länger als 1 Jahr Insasse der Anstalt sein. Wie die Firma diese Aermsten der Armen zu entlohnen gedachte, dafür ein Beispiel. Für Rohrenden schaben gibt es im Betrieb in Rixdorf ℳ 1,50, in der Kolonie sollte es 40 ₰ geben, welcher Lohn auf Vorstellung des Herrn Inspektors der Anstalt auf 60 ₰ erhöht wurde. Nachdem diese Tatsachen einwandfrei festgestellt waren, wurde am Mittwoch in einer Branchen-Vertrauensmännersitzung der Antrag angenommen, die Arbeiter der Firma haben zu fordern, daß die Arbeit von Weißensee zurückgezogen wird, gleichzeitig haben die Bieger die Fertigstellung der zu solchen Hungerlöhnen vorgearbeiteten Rohrgriffe zu verweigern. Nachdem Verhandlungen unter Hinzuziehung der Ortsverwaltung sich zerschlugen, kam es dann zum Ausstand. In der ausgedehnten Debatte erklärten nicht nur die Kollegen, sondern auch alle Unternehmer oder deren Vertreter, soweit sie das Wort nahmen, den Ausstand für voll berechtigt. Nur Herr Jedek war der Meinung, durch den fortgesetzten Wechsel des Personals in der Anstalt würden die Unternehmer einen Profit nicht erzielen können und dadurch veranlaßt werden, die Fabrikation wieder einzustellen. Dem wurde entgegengehalten, daß man sich auf ein derartiges Experiment nicht einlassen könne, denn sollte die Firma doch mit Verdienst dort arbeiten, so sei dieses ein unberechenbarer Schaden für die gesammte Stockindustrie, in welcher in Berlin zirka 600 bis 700 Arbeiter, in ganz Deutschland ungefähr 2800 beschäftigt seien, außerdem würden dort fortgesetzt neue Arbeiter angelernt, die dann ständig nach ihrer Entlassung als Lohndrücker auf dem Arbeitsmarkt wären. Hat doch durch Inserat in der „Schirmindustrie" die Firma einzelne Artikel im Preise von ℳ 5,50 auf ℳ 4,50 unter Hinweis auf billige Arbeitskräfte herabgesetzt. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute am 11. Oktober 1903 im Gewerkschaftshaus tagende, von ungefähr 200 Kollegen besuchte Versammlung der Stock- und Celluloidarbeiter erklärt sich nach den Ausführungen des Referenten mit dem Vorgehen der Kollegen bei der Firma Schmeling & Barta in Rixdorf, Thüringerstr. 18, voll und ganz einverstanden und erachtet es als ihre Pflicht und auch im Interesse der gesamten Stockindustrie liegend, den Streik mit allen Konsequenzen zu Ende zu führen. Die Versammlung verpflichtet sich, in moralischer wie auch materieller Beziehung die streikenden Kollegen zu unterstützen. Die Versammlung spricht ihr größtes Bedauern darüber aus, daß von den zu dieser Versammlung eingeladenen Stock- und Celluloidfabrikanten diese Einladung so wenig berücksichtigt wurde, da doch die gesammte Stock- und Celluloid-Industrie durch das Vorgehen der Firma Schmeling & Barta auf das Schwerste geschädigt wird." Gleichzeitig wurde ein Antrag angenommen, die Kollegen verpflichten sich zur freiwilligen Sammlung von Geldern zur Unterstützung der nicht bezugsberechtigen Streikenden. Vor allen Dingen, gelingt es, den Zuzug von Biegern fernzuhalten, so muß der Unternehmer kapitulieren, er ist in der Kolonie nicht produktionsfähig. Darum, Stockarbeiter Deutschlands, haltet den Zuzug von Stockarbeitern, besonders von Biegern, fern.

Rundschau.

Staatsminister Herr Möller bekommt alle Augenblick mal eine Pille in Gestalt eines offenen Briefes zu schlucken. Zum zweiten Male richtet ein biederer Handwerksmeister, namens P. Seifert in Greiffenberg i. Schl. an ihn einen öffentlichen Brief, weil der erste wahrscheinlich von Herrn Möller gar nicht gelesen wurde, und schon wieder kommt ein solcher an seine Adresse aus Stendal. Der Brief an sich interessiert uns weniger als vielmehr die geradezu kuriosen Tatsachen in demselben. Der Sachverhalt ist folgender: In Stendal baut die Stadt eine Kaserne, die ihr der Staat abmietet. Die Bauleitung befindet sich in Händen der Firma Koch & Kallmeyer in Halle a. d. S. Diese Firma schreibt die Klempnerarbeiten aus und bemerkt dabei, daß der Wettbewerb nur für die Klempnermeister Stendals gelte. Von 12 ansässigen Meistern beteiligten sich sieben. Nach Bekanntgabe des Submissionsresultats stellte sich heraus, daß der zweitbilligste Submittent ein Schlossermeister war und dieser erhielt für einen Teil der Arbeiten mit ℳ 19781 den Zuschlag. In dem offenen Briefe an Herrn Handels- und Gewerbeminister Möller heißt es nun:

„Seit zwei Jahren werden wir als Handwerksmeister gezwungen, unter Auferlegung nicht unerheblicher Kosten Beiträge zur Handwerkskammer zu zahlen, müssen unsere Lehrlinge einer Gesellenprüfung unterziehen. Will der Geselle Meister werden, so stellt man ihm besondere Vorteile in Aussicht, wenn er eine Meisterprüfung ablegt. Kommt es aber zum Treffen, so versagt jeder Schutz.

Jener Schlossermeister beschäftigt 6 bis 8 Lehrlinge ausschließlich mit — Drahtflechtereien! Nach seinem eigenen Geständnis submittierte er auch nur als Strohmann, der eigentliche Unternehmer ist eine auswärtige Firma, nämlich der Klempnermeister Peine in Neustadt a. d. O.!! Es war ja ausgeschrieben, daß der Wettbewerb nur unter in Stendal ansässigen Meistern stattfinden sollen!

Gegen die Tatsache nun, daß einem Schlossermeister die Klempnerarbeiten zugeschlagen wurden, fanden unsere bei der Submission beteiligten Mitglieder, lauter tüchtige Meister, die Herren M. Baensch, H. Gedert, M. Gaeding, O. Kuhl, A. Langenbeck, W. Torau — nirgend Recht! Der Magistrat schützte einfach die Aussage des Stadtbaurats Gauer vor, der den Schlossermeister für befähigt hält. Treulich nahm sich der Sache die Handwerkskammer Magdeburg an. Sie wurde vorstellig beim Magistrat in Stendal, bei der Intendantur in Magdeburg. Es hat alles nichts geholfen.

Niemand hat Sinn dafür, daß hier eine kuriose Schiebung vorliegt. Peine konnte nicht mitbieten, für ihn tritt ein Schlossermeister ein, und wir sind mit dem Handwerkerschutz glücklich so weit, daß der Schlosser auch als Klempner gelten darf. Ja, zu was denn dann die — Meisterprüfungen?"

Ob das „warme Herz von Exzellenz Möller", an das die „Fachzeitung für Klempner und Installateure" appelliert, „gründlich Wandel

schaffen kann", oder sagen wir: will, ist eine andere Frage; sicher haben aber die Klempnermeister recht, wenn sie Beschwerde erheben darüber, daß trotz der ausdrücklichen Erklärung: nur Ansässigen soll der Wettbewerb gestattet werden, dann Schiebungen, wie sie der Schlossermeister praktizierte, nicht nur duldet, sondern einem Schlossermeister auch noch attestiert wird, daß er befähigt ist, die Klempnerarbeiten auszuführen. Ein solches Vorgehen muß berechtigterweise bei den Handwerkern Erbitterung hervorrufen.

Die Erfolge der Handwerkskammern. Ueber dieses Thema geht dem „Wiesbadener Tagblatt" aus Handwerkerkreisen folgende Darstellung zu:

„Die Erfolge, welche die Handwerkskammer sich in ihrer Erklärung (abgedruckt im „Wiesbadener Tagblatt" Nr. 430) zuschreibt, kosten das Handwerk nicht nur 80 000, sondern allermindestens dreimal 80 000 M. Man muß auch, was die Handwerkskammer unterlassen hat, in Betracht ziehen, was die Mitglieder der Kammer und der Innungen noch weiter innerhalb der dreijährigen Funktionsperiode der neuen Handwerkergesetzgebung an bar und an Zeit verloren haben; der Kaufpreis für die Erfolge der Kammer dürfte danach mit zirka einer halben Million nicht zu hoch bemessen sein. Im übrigen kann man bezüglich des Wertes dieser Erfolge doch sehr geteilter Meinung sein. Die „Lehrlingszüchterei" ist nicht eingedämmt, sondern die Fabriken „züchten" munter weiter, da es nach dieser Richtung der Kammer absolut an Einfluß fehlt. Dagegen sind schon eine ganze Anzahl Handwerksbetriebe dahin gekommen, überhaupt keine Lehrlinge mehr einzustellen, um den damit verbundenen Scherereien aus dem Wege zu gehen. Hätte man die halbe Million nur zur Hälfte für die wirkliche Fortbildung der jungen Leute in den bewährten, dazu geschaffenen gewerblichen Fortbildungsschulen richtig verwendet, so hätte man etwas geschaffen, was außerordentlich segensvoll für das Handwerk wäre. Es erweckt wirklich mißvergnügliche Gefühle, wenn man sieht, wie die Mittel der Kammer für Tagungen, Vorträge, Reisespesen, Diplome und Gott weiß was sonst noch alles verwendet werden, während manche Gewerbeschule beinahe nicht weiß, wie sie ihre Lehrer bezahlen soll. Die Idee der obligatorischen Invaliditäts- und Altersversicherung der selbständigen Handwerker haben nicht die Kammern, sondern die Gewerbetreibenden selbst zunächst aufgegriffen; so viel wir wissen, wurde sie zuerst in Kaiserslautern diskutiert. Es fragt sich aber auch noch, ob das Gros der Handwerker mit einer derartigen Versicherung einverstanden ist. Die Handwerkskammer weist darauf hin, daß sie gerichtliche Sachverständige benennen könnte; dergleichen Sachverständige wurden aber von jeher zu vor Gericht zum Austrag gekommenen Streitigkeiten zugezogen, bei denen es sich um interne Handwerksangelegenheiten handelte. Wer viel mit Handwerkern in Berührung kommt, der macht immer wieder die Erfahrung, daß man hier ziemlich kühl auf die Tätigkeit der Kammer sieht; übrigens ist ja auch bei den im verflossenen Sommer stattgefundenen Wahlen hinlänglich dokumentiert worden, daß man in Handwerkerkreisen nicht gerade Feuer und Flamme für die Handwerkskammer ist. Was die Kammer bis jetzt geleistet hat, würde auch ohne Kammer geleistet worden sein, und was sie bis jetzt nicht fertig brachte, das wird sie voraussichtlich auch niemals fertig bringen."

Wenn auch das „Neue deutsche Handwerkerblatt" in Wiesbaden diese Ausführungen als „Machwerk" und „ödes Geschwätz" bezeichnet, so läßt sich nicht bestreiten, daß sehr, sehr viel Wahres darin gesagt ist. Ein Blatt, das konsequent den Standpunkt vertritt, daß das Handwerk „seine Blüte, die es im 14. Jahrhundert hatte, wiedererlangen könnte nur durch den Befähigungsnachweis und durch obligatorische Innungen", scheint uns am allerwenigsten berufen zu sein, sich zum Splitterrichter des Schreibers obiger Zeilen aufzuwerfen, denn es hat offenbar nicht die mindeste Ahnung, woran das Handwerk krankt, und welcher Mittel es bedarf, um sich — wenn überhaupt möglich — der Großindustrie gegenüber lebensfähig zu erhalten.

Ein scharfes Urteil über die moderne Strafrechtspflege fällt Professor Delbrück in den „Preußischen Jahrbüchern" bei Besprechung einiger markanter Gerichtsurteile. Er schreibt:

„Was verstehen wir unter Klassenjustiz? Selbst die Sozialdemokratie behauptet nicht, daß es bewußte Parteilichkeit und Ungerechtigkeit sei (das kann und darf man nicht behaupten, weil es nicht zu beweisen ist. D. R.), sie behauptet nur, daß die Inhaber der richterlichen Gewalt bei uns unbewußt befangen und in gewissen Vorstellungen ihres Standes und ihrer Klasse und aus diesem Vorstellungskreise fortwährend Urteile sprechen, die von den niederen Klassen als schweres Unrecht empfunden werden. Ich glaube, daß tatsächlich hier der eigentliche Knotenpunkt unserer politischen Verwicklung ist . . . Die Behörden nehmen in den Lohn- und Arbeitskämpfen die Partei der Unternehmer. Im Staate der allgemeinen Wehrpflicht, der allgemeinen Schulpflicht und des allgemeinen Wahlrechts fühlen die Arbeiter sich nicht als Gleichberechtigte. Unser Beamtentum ist gut diszipliniert, einige kräftige Worte von oben würden aufklärend und dadurch bessernd wirken; aber nun erscheint erst der verhängnisvolle Zirkel, in dem wir eingeschlossen sind: diese Worte, die die Wurzel der Sozialdemokratie abschneiden würden (!?), können und dürfen nicht gesprochen werden — weil wir die Sozialdemokratie haben. Denn das wäre eine sehr leichtfertige Täuschung, wenn man glauben wollte, diese Partei würde in dem Augenblick, wo die gerechtfertigten Beschwerden, die sie vertritt, gehoben sind, aufhören zu existieren. . . . Es handelt sich aber darum, gleichzeitig mit aller Kraft die Autorität des Staates aufrecht zu erhalten und dabei doch keinen Anlaß zu gerechtfertigten Beschwerden zu geben. Das aber ist bei den Vorurteilen, der Leidenschaftlichkeit und Einseitigkeit der Menschen unendlich schwer. Die große Mehrzahl der Beamten versteht es eben nicht anders, die Staatsautorität geltend zu machen, als dadurch, daß sie, wo sich auch eine Gelegenheit bietet, möglichst schneidig auftreten und eingreifen. Welch unermeßlichen Schaden solche schneidigen Urteile und Maßnahmen der Staatsautorität tatsächlich zufügen, indem sie in der Menge den leidenschaftlichen Haß erzeugen, der sich dann bei den Reichstagswahlen äußert, das machen sich diese Präsidenten, Geheimen Räte, Richter und Staatsanwälte nicht klar . . . . Alle Arbeit gegen die Sozialdemokratie, Unterdrückung oder Wohltat, soziale Gesetzgebung und Belehrung, Vaterlandsliebe und Religion, alles wird keine Wirkung haben, solange nicht ein anderer Geist in unsere Strafkammer eingezogen ist."

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

15. Gau. Vorort Frankfurt a. M.

Bericht und Abrechnung vom ersten Halbjahr 1903.

Auch in diesem Jahre ließ es sich der Gauvorstand angelegen sein, gleich mit Beginn des Jahres mit der Agitation kräftiger einzusetzen, als dies in der übrigen Jahreszeit sonst geschieht. Ist im Frühjahr an sich schon der Arbeiter der Aufklärung mehr zugänglich, so kam für dieses Jahr noch besonders in Betracht die Erhöhung der Beiträge, deren Notwendigkeit auch teilweise in Mitgliederkreisen das wahre Verständnis vermissen ließ. Die Veranlassung einer Agitationstour fand auch bei den Ortsverwaltungen Entgegenkommen, als mehrere derselben schon vor Versand der diesbezüglichen Zirkulare um Referenten für denselben Zweck nachsuchten. Mit Ausnahme der Zahlstellen Gießen und Homburg v. d. H. machten denn auch sämtliche Zahlstellen Gebrauch von dieser Tour und veranstalteten Versammlungen. Als Referent war der Kollege Güth-Berlin gewonnen, welcher die an ihn gestellte Aufgabe erfüllte, und kann wohl auch, was den Versammlungsbesuch betrifft, das Resultat als ein befriedigendes betrachtet werden.

Im ganzen fanden im ersten Halbjahr auf Veranlassung des Gauvorstandes in 32 Orten 44 Versammlungen statt, darunter 5 an Orten, wo sich keine Zahlstellen befanden.

Neu gegründet wurde die Zahlstelle Hellstein bei Wächtersbach, so daß zum Gau Frankfurt am Schluß des ersten Halbjahres 32 Zahlstellen zählten mit rund 5000 Mitgliedern.

Kassenrevisionen wurden in Bensheim, Bierstadt und Kelkheim vorgenommen, wobei in den ersteren zwei Unregelmäßigkeiten zu konstatieren waren.

Wegen Lohn- und sonstigen Differenzen mußte der Gauvorstand in 18 Fällen je einer Vertreter entsenden, und war es ganz besonders Höchst a. M., welches mit seiner ausgedehnten Möbelfabrikation fortgesetzt zu Differenzen in den einzelnen Fabriken Anlaß gab. In Aschaffenburg kam es zu einem Ausstand in der Möbelfabrik Schwind, welcher indes nach einer Verständigung beigelegt wurde; ein Werkstattstreik in Biebrich ging verloren, während in Frankfurt eine Schreinerei 11 Wochen mit dem Erfolg gesperrt wurde, daß eine Art Tarifvereinbarung mit den Arbeitgebern geschlossen wurde.

In Kelkheim reisten infolge Nichtbewilligung geringer Forderungen 65 Kollegen ab; in Wiesbaden endeten ausgebrochene Differenzen einer Werkstatt durch Vergleich, während die Kollegen in Trier allein zu schwach sind, ihre geringen Forderungen durchsetzen zu können, da die Christlichen noch einen Teil des dortigen Gebiets beherrschen, während ein ziemlicher Teil noch unorganisiert ist. In Marburg wurde eine neue Werkstattordnung durch den Protest unserer Kollegen wesentlich gemildert; die Kollegen in Offenbach verschoben ihre bereits vorbereitete Lohnbewegung auf einen günstigeren Zeitpunkt. In allen genannten Fällen machte sich das Eingreifen des Gauvorstandes mehr oder weniger erforderlich.

Die Abrechnung stellt sich folgendermaßen:

Einnahme.

Kassenbestand vom vorigen Jahre	M.	193,13
Beiträge aus der Hauptkasse	„	1200,—
Freiwillige Beiträge der Zahlstellen	„	50,—
Summa...	M.	1443,13

Ausgabe.

Diäten und Fahrgelder an Referenten	M.	480,50
„ „ „ für sonstige Reisen	„	137,05
Drucksachen und Inserate	„	63,50
Porto und Schreibmaterial	„	28,09
Persönliche Verwaltungskosten	„	523,50
Sonstige Ausgaben	„	8,72
Gesamtausgabe...	M.	1241,36
Kassenbestand für das nächste Halbjahr	„	201,77
Summa...	M.	1443,13

Freiwillige Beiträge sandten ein: Bensheim M 5, Dörnigheim M 5, Kelkheim M 10, Offenbach M 20 und Wiesbaden M 10.

Die Richtigkeit der Abrechnung bescheinigen die Revisoren der Zahlstelle Frankfurt a. M. Albert Eise und Ferd. Hartnack.

Das Gesamtresultat für das Berichtsjahr überblickend, steht es außer Zweifel, daß einzelne Zahlstellen einer besseren Pflege bedurft hätten; indessen die Ansprüche, welche im allgemeinen gestellt wurden, mit dem Umstand rechnend, daß die Hauptarbeit sozusagen als Nebenbeschäftigung betrachtet werden muß, ließ es nicht zu, gerade den Zahlstellen eine besondere Sorgfalt zuzuwenden, denen es an geeigneten Kräften am Orte ermangelt. In dieser Beziehung einiges nachzuholen, ebenso noch brachliegende Gebiete zu bearbeiten, soll unsere Aufgabe im zweiten Halbjahr sein.

Der Gauvorstand.

J. A.: P. Brückner, Frankfurt a. M., Stolzestr. 13, II.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Backnang. Die hiesige Werkstatt des Herrn Hermann Sorge kann zweifellos nicht zu den Musterwerkstätten gezählt werden. Sie ist ein dumpfiger Raum, voller Holz gepackt zum Trocknen, so daß Luft und Licht mangelt. Die Arbeitszeit in diesem gesundheitsschädlichen Raum dauert 11 Stunden; in anderen Werkstätten seit lange nur 10 Stunden. Die Löhne betragen 24 bis 31 ₰ pro Stunde, viel zu gering, um eine Familie ernähren zu können; kein Wunder, wenn einige Kollegen noch Nebenbeschäftigung gesucht haben. Der Werkführer ist auch nicht der Mann, der sich das Zutrauen und die Achtung der Arbeiter erwerben könnte. Zu wünschen wäre, wenn der Herr Fabrikinspektor der Sorgeschen Fabrik einmal einen Besuch abstatten würde, ganz sicher würde er manches zu monieren haben. Daß die angedeuteten verbesserungsbedürftigen Zustände überhaupt in der Sorgeschen Fabrik vorhanden sind, liegt zum guten Teil an den Arbeitern selbst. Einer Organisation, bei der sie Rückhalt finden könnten, gehören sie nicht an, und so macht Herr Sorge und sein Werkführer mit ihnen was den beiden beliebt. Ob die Kollegen nicht doch bald zu der Einsicht kommen werden, daß bei dem steten Fortwursteln an den bisherigen beklagenswerten Zuständen nichts geändert wird? Wir wollen es hoffen.

Lassan i. Pommern. In der „Eiche", Organ der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaft, findet man einen interessanten Bericht über Lassaner Gewerkschaftsverhältnisse, dem wirklich eine Erwiderung not tut. Der Generalsekretär der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaft schreibt in dem Bericht, daß die anwesenden Mitglieder des Ortsvereins Lassan in der stattgefundenen Versammlung die Arbeitsverhältnisse aufbesserungsbedürftig erachtet haben, die Zeit aber nicht für günstig hielten, sie aufzubessern, sich vielmehr wunderten, daß die Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes einen Streik in Szene gesetzt hat. Wenn diese Mitglieder des Ortsvereins auf dem Boden der modernen Arbeiterorganisation gestanden hätten, würden sie wahrlich zu solch faulen Ausreden, daß sie die Zeit zur Aufbesserung der Arbeitsverhältnisse für nicht günstig erachten, nicht gekommen sein. Wenn es ihnen aber ihr Hauptvorstand so vormalt, wird ihnen die Nachahmung nicht schwer. Sagen und schreiben läßt sich ja viel, aber die Beweise zu erbringen, daß die Zeit nicht günstig war, davon werden die Mitglieder des hiesigen Ortsvereins sowie auch ihr Hauptvorstand Abstand nehmen müssen; letzterer wird dies überhaupt nicht beurteilen können, da der Generalsekretär einmal, und zwar nur einen Tag, hier anwesend war, und wäre ihm zu raten, dies unserem Gauvorsteher zu überlassen, der die Verhältnisse eingehend geprüft hat. Wir wollen ihnen aber hierin entgegenkommen und den Beweis erbringen, daß die Zeit sehr günstig war und auch mit Leichtigkeit die Verhältnisse gebessert wären, wenn die Vorstandsmitglieder des Ortsvereins ihr Versprechen aufrecht erhalten hätten, anstatt uns in den Rücken zu fallen. Der beste Beweis, daß wir uns in einer günstigen Zeit befunden haben und noch befinden, besteht darin, daß unsere Arbeitgeber fortwährend auf der Suche nach Gesellen waren; außerdem haben über 70 Kollegen in Arbeit gestanden, kein einziger Arbeitsloser ist am Orte vorhanden gewesen. Es ist nicht zu beweisen, daß ein einziger Kollege wegen Mangels an Arbeit entlassen worden ist, stets ist vielmehr Nachfrage nach Gesellen gewesen. Ein Arbeitgeber hat dem anderen seine Gesellen, wie man sagt, abspenstig gemacht; und doch behauptet Herr Bambach, die Zeit sei zu ungünstig gewesen. Hätte er lieber gesagt, das Geld sei zu knapp gewesen, würden wir uns nicht veranlaßt gefühlt haben, das zu bestreiten, weil wir es ihm gern geglaubt hätten. Daß die Zeit noch günstig ist, beweist, daß der Obermeister der hiesigen Tischlerzwangsinnung den Gesellenausschuß, der aus Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes besteht, ersuchte, die Sperre in der „Holzarbeiter-Zeitung" aufzuheben, um wieder Gesellen zu bekommen. Dies sind unsere Beweise für die günstige Zeit. — Hoffentlich schildert Herr Bambach uns die der ungünstigen Zeit. — Zu erwarten wäre die Antwort, daß die Meister gesagt hätten, „das Geschäft geht schlecht", auch ein Beweis! Unsere Zahlstelle hat ihre Schuldigkeit getan; 34 Kollegen sind sofort zu Anfang des Streiks abgereist, darunter Verheiratete mit Sack und Pack, andere Verheiratete haben auswärts Arbeit angenommen; der Sieg wäre sicher unser gewesen, wenn die Mitglieder des Ortsvereins sich auch um die Sache gekümmert hätten. Wir sind in der Lage, ihnen die edle Gesinnung ihres Mitgliedes Ernst Görk vor Augen zu führen. Derselbe stand mit dem Kassierer des Ortsvereins und dem Revisor unserer Zahlstelle bei dem Tischlermeister W. Plautz in Arbeit, und waren sich alle drei einig geworden, falls Plautz nicht bewilligen wollte, ihre Kündigung einzureichen. Der Kassierer des Ortsvereins war der erste, welcher seinen Akkord beendigt hatte und stellte die Arbeit bei Plautz ein, ohne zu kündigen. Der Revisor unserer Zahlstelle war mit seinem Akkord am folgenden Tage fertig. Am Vormittag desselben Tages sprach letzterer mit Görk, ob er seine Kündigung, wie er versprochen, mit einreichen wolle oder ob er weiterarbeiten wollte. Die Antwort war: „Ich will mir bis heute Mittag die Sache überlegen." Anstatt um 1 Uhr, erschien Görk um 2½ Uhr in der Werkstatt, in dem guten Glauben, daß unser Revisor schon hinaus wäre; als er denselben aber noch erblickte, dampfte er gleich wieder los mit der Entschuldigung, er habe etwas Eiliges vor. Plautz schimpfte und tobte über die Bummelei des Görk; letzterer hatte sich wahrscheinlich auf die Lauer gestellt und aufgepaßt, bis unser Revisor die Werkstatt verließ, in der Annahme, daß derselbe die Werkstatt nicht wieder betreten würde, denn bei einer Verhandlung, welche unter Anwesenheit des Innungsvorstandes und des Gesellenausschusses stattfand, erzählte Plautz, Görk wäre, gleich nachdem unser Revisor die Arbeit fertig gehabt hätte, aus der Werkstatt hinaus gewesen, später aber wieder erschienen und ihm erzählt, er hätte gern um 1 Uhr schon gearbeitet, er hätte absolut nichts vorgehabt, er hätte sich bloß nicht von dem Kiekbusch sprechen lassen wollen; derselbe habe ihn gezwungen, einen Kündigungszettel zu unterschreiben, obwohl er gerne unter den alten Bedingungen weiterarbeiten wolle. Plautz betonte dann noch, daß die Gesellen eine derartige Angst vor Kiekbusch hätten, daß sie sich nicht in die Werkstätte hineintrauten, in welcher derselbe arbeitete. So machen es Mitglieder des Ortsvereins. Görk hatte gar keine Veranlassung, unseren verheirateten Kollegen aufs Straßenpflaster zu bringen. Selbstverständlich hat Plautz eine Entschädigung von M 21 an Kiekbusch zahlen müssen für die plötzliche Entlassung, welche durch Görk veranlaßt sein dürfte. Hoffentlich ist Plautz seinem wahrheitsliebenden Gesellen Görk hierfür dankbar. Eine nette Solidarität! Die Mitglieder des Ortsvereins berufen sich darauf, daß sie keine Kenntnis von dem Vorhaben unserer Zahlstelle erhalten haben; hierfür liefert ja den besten Beweis der in der „Eiche" abgedruckte Brief. Was Herr Bambach ein auffallendes Zusammentreffen nennt, ist uns unverständlich. Wenn die letzten Maßnahmen vor einer Lohnbewegung getroffen werden sollen, hat wohl jeder einzelne Kollege die Pflicht, in einer derartigen Versammlung zu erscheinen und seine Meinung, gleich welcher Art, zur Kenntnis zu bringen. Daß er ohne dies als Streikbrecher bezeichnet werden muß, ist selbstverständlich; es sind

ja auch wirklich, wie wir es erwartet haben, sämtliche Mitglieder des Ortsvereins Streikbrecher gewesen. Die Absicht, den Ortsverein in Lassan zu vernichten, haben wir nicht gehabt, trotzdem begrüßen wir mit Freuden, daß sich der Vorsitzende eines Besseren überzeugt hat und zum Holzarbeiterverband übergetreten ist. Die Herren Arbeitgeber scheinen jetzt recht üppig zu werden. Herr W. Tesch brachte es sogar fertig, unseren dort beschäftigten Bevollmächtigten einen Esel, dummen Jungen usw. zu schimpfen und ihn sowie unseren Kassierer, unter Androhung von Ohrfeigen, aufzufordern, seine Werkstatt zu verlassen. Unseren beiden Kollegen gelang es aber, gleich wieder Arbeit zu erhalten. Herr W. Tesch weigerte sich auch, den Lohn für die bereits geleistete Arbeit den beiden Kollegen zu zahlen, so daß erst das Innungsschiedsgericht in Anspruch genommen werden mußte. Nunmehr willigte Herr Tesch ein, unter Abhandlung eines kleinen Betrages die Zahlung innerhalb drei Tagen auszuführen. Trotzdem ist aber die Klage wegen Bedrohung und Beleidigung eingereicht. Ein Sühnetermin vor dem hiesigen Schiedsmann ist erfolglos geblieben, da Herr Tesch schriftlich erklärt hatte, nicht zu erscheinen; er will vielmehr der Meinung sein, daß es Innungssache sei. Vielleicht wird Herrn Tesch recht bald zur Kenntnis gelangen, was Innungs- und was Schöffengerichtssache ist. Ein zweiter Arbeitgeber, Friedrich Zillmann, zeigte unseren Kollegen Ludwig Nehls wegen Hausfriedensbruchs an, weil derselbe in seiner Werkstatt seinen dort beschäftigten Schwager W. Hirt gebeten hat, ihm etwas Holz sägen zu helfen. Unser Kollege wurde auch richtig am 1. Oktober d. J. von dem Schöffengericht zu Wolgast zu ℳ 20 Geldstrafe event. 4 Tagen Gefängnis verurteilt. Jedenfalls werden wir Berufung gegen das Urteil einlegen. Der betreffende Arbeitgeber hat seine beiden Lehrlinge als Zeugen angeführt, trotzdem der eine an diesem Tage sich gar nicht in Lassan, sondern in Wolgast bei seinen Eltern aufhielt. Die Sache wird sich wohl noch drehen, da braucht Herr Zillmann gar nicht zu triumphieren. Die Dickfelligkeit einiger hiesiger Arbeitgeber nimmt überhand, sie belieben, ihre Gesellen wie Lehrbuben zu behandeln. Es ist darum mit Freuden zu begrüßen, daß wir, gestützt auf unsere Organisation, ein derartiges Treiben zurückweisen können; auch für uns wird die Zeit einmal günstig sein. Der Obermeister Karl Witt verlangt, die Sperre für Lassan in der „Holzarbeiter-Zeitung" aufzuheben, und zwar mit dem Bemerken, daß sie sonst andere Maßnahmen treffen würden. Als wir Herrn Witt unsere Forderungen unterbreiteten, meinte er, es sei eine Frechheit, ihm solche Forderungen zu stellen. In der „Stralsunder Zeitung" findet man einen Bericht über — „Ende des Streiks." Zum Schluß heißt es in diesem Bericht, daß die sich noch hier aufhaltenden Gesellen bereit sind, die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen und die Meister damit einverstanden sind, falls die Gesellen in der Werkstatt wieder anfangen, wo sie derzeit die Arbeit niedergelegt haben. Bemerkt sei, daß den Meistern die Zeit schon lang geworden ist, aber uns nicht; erstere haben uns ersucht, die Streikfrage bis Montag, den 13. September, beizulegen. Weil wir einsahen, daß die Hirsch-Dunckerschen nicht rausgingen, haben wir eingewilligt, sonst hätte es unsertwegen bis Ostern dauern können, wir wären den Hungertod nicht gestorben, obwohl die Herren Meister sehnlichst auf Beilegung der Angelegenheit gewartet haben. Ihr Wunsch, ihre abgereisten Gesellen bald wieder zu haben, wird wohl schwerlich in Erfüllung gehen, denn unsere Kollegen schreiben aus den verschiedenen Orten, daß sie Lassan nicht wiedersehen wollen. Die hiesigen Arbeitgeber sollen sich auch bemüht haben, alle Hebel in Bewegung zu setzen, damit unsere Kollegen an anderen Orten nicht eingestellt würden, hierfür sind wir ihnen im zutreffenden Falle dankbar, denn es liefen bei unserer Zahlstelle Briefe aus verschiedenen Städten ein, sogar Akkordtarife, so daß unsere abgereisten Kollegen Gelegenheit fanden, ihre Lage zu verbessern. Zum Schluß machen wir darauf aufmerksam, daß der Zuzug nach Lassan streng fernzuhalten ist. Den indifferenten Kollegen wird es nun hoffentlich nicht mehr schwer fallen, ihren Beitritt zur Organisation zu vollziehen, sie müßten nunmehr doch eingesehen haben, daß es ohne Organisation nicht mehr geht.

Mannheim. Eine öffentliche Holzarbeiterversammlung, in der Kollege Raub aus Stuttgart referierte, fand am 10. Oktober in der „Zentralhalle" statt. Thema: Die wirtschaftliche Entwicklung und die Entwicklung unseres Verbandes. Von den ersten Anfängen der Arbeit bei den alten Germanen ausgehend, schildert Redner den damaligen Kulturzustand und das damit in Zusammenhang stehende Handwerk. Jeder sorgte selbst für seine Lebensbedürfnisse. Erst durch die Römer, als Deutschland der Kultur mehr und mehr zugeführt wurde, entwickelte sich das Handwerk zum Erwerbszweig. Die wachsenden Ansprüche der Menschen brachten nach und nach die Spezialisierung der Arbeit mit sich, insbesondere auch in der Holzbranche. Die Arbeiter in der Großindustrie fertigen nur noch Teilarbeit, d. h. sie machen nur immer einen ganz bestimmten Teil eines Arbeitsproduktes. Daß durch eine solche Produktionsweise die Geschicklichkeit der Arbeitskraft nicht gehoben, sondern, wie oft von den Kapitalisten beklagt wird, auf sehr niedriger Stufe steht, ist ganz erklärlich. Doch haben den größten Schaden durch diese Ausbeutungsweise die Arbeiter selbst zu tragen, denn die Großindustrie macht noch ganz anständige Profite, wie aus den Geschäftsberichten der immer mehr sich ausbreitenden Aktiengesellschaften täglich zu ersehen ist. Redner beschreibt den verstorbenen Krupp als Patriot, der doch mit seinem Geschäft nichts weniger als patriotischen Zwecken diente; und im Kriege 1870/71 lag es nur an Napoleon, daß die Unsrigen nicht mit deutschen Geschützen totgeschossen wurden. Trotzdem wurde er bei seiner Beisetzung von höchster Seite als größter Patriot unseres herrlichen Vaterlandes gefeiert. Auch den Zweck des Arbeitgeber-Schutzverbandes, der, obschon zum dritten Mal gegründet, immer noch nicht festen Fuß gefaßt hat, führte der Referent den Anwesenden vor Augen. Die Hetzereien des letzteren führten, wie er an Beispielen aus Zuffenhausen nachwies, meist zum Ruin der minder gut bestellten Arbeitgeber, zur Freude der besser gestellten. Auch den Kampf der Berliner Kollegen um den Arbeitsnachweis unterzog er einer eingehenden Betrachtung, und gab zur Heiterkeit der Versammlung die Polizeischikanen zum besten. Rahardt hat sich in der Residenz mit seiner Agitation bereits überlebt und ist schon längst gezwungen, aufs Land zu reisen, um die Werbetrommel für seinen Schutzverband ertönen zu lassen. Mit was für Erfolg, sieht man aus den Berichten. Wie in der Holzbranche, so auch in allen anderen Gewerkschaften drängt ein Trust oder Industrieverband den anderen, die alle bestrebt sind, mit brutaler Gewalt die Arbeiter niederzuhalten und ihre Organisation zu nichte zu machen. Mit Anerkennung gedenkt Redner der Bestrebungen des früheren Fabrikinspektors Wörishoffer. Auch streift Referent die Vorteile der Unterstützungskasse des Verbandes. Da in Mannheim auch kein Eldorado für die Holzarbeiter besteht, ermahnt Redner die Anwesenden, dem Verband beizutreten. Die Ausführungen fanden allgemeinen Beifall und wurde die Diskussion, zu der Kollege Kämpf das Wort erhielt, eröffnet. Redner legt dieser nicht gut besuchten Versammlung ans Herz, die Ausführungen des Referenten zu befolgen, denn nur durch Einigkeit ist eine Verbesserung unserer Lebenslage möglich.

Parchim. Am vergangenen Sonnabend fand hier eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt mit dem Thema: „Volksernährung, Volkseinkommen und die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation", Referent Kollege Kröger-Rostock, zu der auch Frauen Zutritt hatten; leider waren aber nur drei erschienen. Von den unorganisierten Kollegen hatten es leider auch nur wenige für nötig befunden, die Versammlung zu besuchen. Neu aufgenommen wurden drei Kollegen. Nach Schluß dieser Versammlung fand noch eine Mitgliederversammlung statt, in der die Kommission mitteilte, daß die seit drei Wochen streikenden Kollegen wieder angefangen hätten, da Herr Behrend sich bereit erklärte, sofort die 10½stündige und ab 1. April kommenden Jahres die zehnstündige Arbeitszeit einführen zu wollen. Es arbeiten somit fünf Werkstätten mit 80 Gesellen zehn Stunden und haben also sämtliche organisierten Kollegen verkürzte Arbeitszeit, während einige unorganisierte Kollegen 10½ und 11 Stunden arbeiten. In der Werkstatt des Herrn Willig, Obermeister der Tischlerinnung, verdienen die Kollegen bei elfstündiger Arbeitszeit in Akkord ℳ 15 pro Woche. Verakkordiert wird die Arbeit, nachdem diese bereits schon mehrere Wochen fertig gestellt ist. Hoffentlich werden auch diese Kollegen noch einmal zum Denken kommen. Die durchreisenden Kollegen bitten wir, nur Arbeit zu nehmen bei zehnstündiger Arbeitszeit. Auskunft erteilt der Bevollmächtigte.

Die Bearbeitung unserer letzten Statistik,

so wird uns aus dem Verbandsbureau in Stuttgart geschrieben, ist nunmehr ziemlich vorgeschritten, doch dürfte die endgültige Fertigstellung immer noch ein paar Monate erfordern. Nur wenige Mitglieder werden sich von dem gewaltigen Umfang einer solchen Arbeit die richtige Vorstellung machen können. Seit Februar d. J. sind ununterbrochen vier Kollegen im Verbandsbureau ausschließlich an der Verarbeitung der Fragebogen beschäftigt. Sind diesmal doch auch nicht weniger als 71 054 Personenfragebogen und 10 277 Werkstattfragebogen eingegangen, gegen nur 38 563 Personen- und 7275 Werkstattbogen bei der vorletzten Statistik im Jahre 1897. Und da jeder Personenfragebogen allein 16 Hauptfragen und noch doppelt so viel Nebenfragen enthält, welche je für sich zu bearbeiten sind, so kann es nicht verwundern, wenn es trotz aller Anstrengung bisher noch nicht möglich war, die Ergebnisse der Statistik schon im Druck erscheinen zu lassen. Bis über den Schluß dieses Jahres hinaus wird die Veröffentlichung aber kaum auf sich warten lassen, obwohl bestimmte Versprechungen heute noch nicht gemacht werden können. Ein paar Zahlen über die Lohnhöhe wollen wir den Verbandsmitgliedern hiermit schon heute unterbreiten. Der Durchschnittslohn aller an der Statistik beteiligten Kollegen beträgt diesmal ℳ 21,79, was gegenüber der 97er Statistik eine Steigerung um ℳ 1,83 pro Woche bedeutet. Den höchsten Durchschnittslohn hat der Gau Hamburg, den niedrigsten der Gau Chemnitz aufzuweisen. Wir lassen die in den einzelnen Gauen ermittelten Durchschnittslöhne hier folgen: Danzig ℳ 18,61, Breslau 17,43, Rostock 20,53, Berlin 25,02, Dresden 20,76, Leipzig 21,30, Chemnitz 17,15, Erfurt 17,72, Magdeburg 20,67, Hannover 19,70, Hamburg 26,30, Kiel 23,81, Bremen 22,01, Elberfeld 24,22, Frankfurt 23,04, Nürnberg 19,15, München 20,94, Stuttgart 21,19, Mannheim 21,49 und Freiburg 19,51. Die Unterschiede sind also ziemlich große, und jedenfalls sind schon diese wenigen Zahlen geeignet, das Interesse aller Mitglieder an der späteren Veröffentlichung des Gesamtresultats der Statistik wachzurufen.

Tarifkommission der deutschen Parkettleger.

An die Gauverwaltungen und Zahlstellenverwaltungen!

Mitte September wurden die Fragebogen zur Feststellung der bisherigen Berechnungsformen und bezahlten Preise sowie bereits gültigen Tarife an die Gauvorstände und Zahlstellen versandt. Sollten einzelne Orte, in denen Parkettleger beschäftigt sind, übersehen worden sein, so bitten wir, solche Fragebogen bei uns zu reklamieren. Wünschenswert wäre uns, zur Vervollständigung des Materials, die Zusendung von Submissionsergebnissen für Parkettböden oder sonst zweckdienliches Material.

In Erwartung, daß die Parkettleger überall hierzu Stellung nehmen und uns unterstützen, ebenso, daß die Zahlstellenverwaltungen sich der Sache recht eifrig annehmen, bemerken wir, daß Zuschriften an das Bureau der Zahlstelle München, Humboldstraße 40, 1. St., zu richten sind.

München, im Oktober 1903.

Mit kollegialem Gruß
Hans Estermann, Vorsitzender.

Eingesandt.

An die Holzarbeiter in Danzig.

Schon lange ist von Danzig nichts mehr an die Oeffentlichkeit gekommen, und doch existieren hier in bezug auf die Arbeitsverhältnisse Zustände, die wert sind, bekannt zu werden.

Kein Klagelied soll es sein, das hier angestimmt wird, sondern aufmerksam sollen die Kollegen gemacht werden auf die Verhältnisse, unter denen sie leben; scheint es doch fast, als ob sie nicht wissen, daß es ihnen schlecht geht, und daß es bloß an ihnen liegt, wenn sich die Verhältnisse von Tag zu Tag verschlechtern. Es sieht ja in allen Werkstätten schlecht aus; fast nirgends könnte man auch nur von einigermaßen gutem Verdienst oder dergleichen reden. Es werden ja an und für sich in Ost- und Westpreußen wirklich nicht zu hohe Anforderungen gestellt; genügsam sind sie alle hier, und doch muß man sagen, daß es den bescheidensten Ansprüchen nicht genügt.

Von den 1800 Tischlergesellen mögen wohl 250 organisiert sein, und diese noch in drei Organisationen, bei den Christlichen, im Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein und bei uns. Insgesamt nicht mal einig. Es soll ja nicht vergessen werden, daß man es auch hier mit dem Arbeitgeber Vater Staat zu tun hat. Die Gesinnungsriecherei ist hier in voller Blüte; wer auch nur in den Verdacht kommt, einer freien Organisation anzugehören, wird als Sozialdemokrat an die frische Luft gesetzt. Die einzigen, denen man noch ein Dasein gestattet, sind die Hirsch-Dunckerschen; und was von diesen zu erwarten ist, weiß man zur Genüge. Ist doch von ihnen noch nicht der leiseste Versuch gemacht worden, irgendwie bessernd einzugreifen. Es versteht sich von selbst, daß auch den Christlichen gnädigst gestattet wird, sich zu organisieren in diesen Betrieben.

Am schlimmsten leiden wir natürlich darunter, daß hier in der Stadt uns kein größeres Lokal zur Verfügung steht. Die Polizei sorgt noch getreulich dafür, daß ja kein Wirt sein Lokal hergibt, die bekannten Verbote sind dann gleich zur Stelle, Belästigungen und Beschränkungen an der Tagesordnung. Unser Verkehrslokal war auf die Polizeistunde, und zwar um 8 Uhr, herabgesetzt worden, und endlich mußte das Gericht anerkennen, daß es ungesetzlich sei, uns das Abhalten von Versammlungen im Lokal zu verbieten. allerdings war es nun schon aufgegeben. Jede kleinste Werkstättenbesprechung betrachtet man als Versammlung und kommt mit Strafmandaten, Einladungen vor die Kriminalpolizei und dergleichen Annehmlichkeiten weiter, trotzdem auch hier schon ein Gericht entschieden hat, daß solche Zusammenkünfte nicht strafbar sind und dem Vereinsgesetz unterliegen. Wunderbar ist allerdings, daß dieselbe Polizei in ihrem Eifer nicht sieht, daß in vielen Betrieben am Sonntag gearbeitet wird.

Da haben wir zunächst eine der reichsten Schiffswerften, Klawitter; da kommt es sehr oft vor, daß am ganzen Sonntag, und zur Feier des Tages auch noch die halbe Nacht, und bei einer sonst 1½stündigen Mittagspause bloß eine Stunde Mittag gemacht wird. Allerdings übersteigt auch hier die Gleichgültigkeit und der Sklavensinn alle Grenzen. Der Herr Inspektor braucht nur zu wünschen, und dann gibt es ohne Widerrede eine 16- bis 17stündige Arbeitszeit. Da wird nicht mehr nach einer täglichen Arbeitszeit gerechnet, sondern nach Stunden; je mehr Stunden, desto größer die Freude; aller Sinn für ein Heim oder Ruhe, oder Rücksichtnahme auf die Gesundheit scheint hier abhanden gekommen zu sein. Bloß leben, um zu arbeiten. Hat man sich doch auf der Schichauschen Werft gegen die Einführung der 1½stündigen Mittagspause mit dem Hinweis auf den Ausfall der Stunden am Lohntage gewehrt; anstatt dafür zu sorgen, daß der Lohn steigt, wehrt man sich gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit.

Sollte man nun denken, das sei bloß in den Großbetrieben so, dann irrt man sich ganz gewaltig; in den Kleinbetrieben ist die Zahl der Ueberstunden Legionen. Da weiß man wirklich nicht, wo die Arbeitszeit anfängt oder aufhört. Selten ist es nicht, zu hören: „Du hast schon Feierabend", wenn einer schon 11 Stunden Arbeitszeit hinter sich hat. Bis vor kurzem leistete sich der Vertreter des Tischler-„Handwerks", Obermeister Scheffler, das Vergnügen, seine Leute immer Ueberstunden machen zu lassen mit dem Hinweis auf „Humanität", damit sie mehr verdienen. O, Ihr Heuchler, mit Eurer wunderbaren Sozialpolitik! Von der Behandlung wollen wir gar nicht reden; von ihr ließen sich auch Bände erzählen, wie sich hier gerade die Meister, alias Antreiber, auch Schirrmeister, geberden. Ist da eine Firma Demanski (die Besitzer sonst zugängliche Leute, welche wohl auch den Arbeitern etwas gönnen). die einen Werkführer hat, der wohl der Meinung ist, sich hier oben alles erlauben zu können. Die Arbeit wurde nicht nach Leistung, sondern einfach nach Gunst bezahlt. Es ging nicht mehr, und mußte eine Werkstattsitzung abgehalten werden. Doch auch die Zuträger des Werkmeisters waren anwesend und wurden, um nun nicht gleich alles zu verraten, hinausgewiesen. Was macht nun dieser „Edle", Weiß mit Namen? Geht — zur Polizei, und was man nicht für möglich halten sollte, dieselbe kommt auch mit fünf Mann hoch an. Doch, wie gesagt, zu tun war nichts mehr; das Nest leer, die Vögel ausgeflogen, die Sitzung war in der Zwischenzeit schon erledigt. Nun hätte man doch meinen sollen, daß es seinen natürlichen Abschluß gefunden. Doch weit gefehlt; anderen Tages kommt erst die hochnotpeinliche Untersuchung, wer wohl der Leiter war. ob geklingelt worden ist usw. Doch noch besser, als man nun glücklich ein paar Namen hat, an den Gauvorsteher war nicht heranzukommen, geht man zum Chef und fragt nach der Wohnung eines Kollegen. Wir sind doch der Meinung, daß man dieses auch durch die polizeiliche Meldung erfahren hätte und nicht erst zum Chef zu laufen braucht. Nun, die Fabrikleitung war so vernünftig, den Denunzianten zu entlassen, trotzdem ihn der Werkmeister Brauns, früher in Berlin, halten wollte.

Viel könnte man noch erzählen; doch die wenigen Proben genügen wohl. Kollegen Danzigs, wie lange soll das noch so weiter gehen; denkt Ihr vielleicht, es kommen Euch die gebratenen Tauben in den Mund geflogen. Danzig ist Großstadt; die Preise für die Lebensbedürfnisse sind schon jetzt gar nicht mit dem Lohn in Einklang zu bringen, und die Mieten werden auch immer teurer. Meint Ihr vielleicht, wenn Ihr zu Hause noch Küchenmeister markiert, und noch einige Groschen verdient, daß es besser werde? Nein, rafft Euch auf, heraus aus dem dumpfen Hinbrüten. Es nützt doch etwas, Einigkeit hat alle Zeit geholfen. Fangt mal an, Mut zu haben, und sagt, wir wollen, arbeiter mit. Wenn wir uns mit unserer Organisation auch etwas erholt haben, so gehört die Mitarbeit aller dazu, um es noch besser zu machen. Also, vorwärts, hinein in den Verband, und seht Euch die Statuten erst mal an, ehe Ihr urteilt und Eurem Unternehmer mehr glaubt als uns, Euren Kollegen. Kommt besucht die Versammlung; am 21. Oktober findet eine öffentliche Versammlung statt, in der Redakteur Röske aus Hamburg einen Vortrag halten wird. Hört und laßt

es endlich besser werden in Danzig; seid Männer und schmiedet das Glück der Allgemeinheit. Nicht hinterm Rücken, sondern offen verfechtet Euer Recht. **Louis Güth.**

Herr Kniestedt,

Vorsitzender des Bürstenmacherverbandes, bringt in der „Einigkeit" Nr. 40 vom 8. Oktober 1908 eine Mitteilung über das Verhalten einiger Mitglieder des Holzarbeiterverbandes gegenüber einem Mitglied des Bürstenmacherverbandes, die vollständig aus den Fingern gesogen ist. Wir stellen, entgegen den Behauptungen des Herrn Kniestedt, der gar keine Gelegenheit hatte und nicht haben konnte, dieselben auf ihre Richtigkeit zu prüfen, folgendes fest:

1. Es ist unwahr, daß der hier in Frage kommende Kollege des Herrn Kniestedt, H. Koch, von unsern Kollegen gedrängt worden ist, zum Holzarbeiterverband überzutreten; wahr ist dagegen, daß H. Koch selbst einen Aufnahmeschein vom Werkstattbelegierten verlangte und auch ausfüllte, später aber das Bezahlen vergaß.

2. Es ist eine Lüge, wenn Herr Kniestedt behauptet, daß „man" beschlossen habe, den H. Koch, als er dem Holzarbeiterverbande beizutreten sich geweigert habe, aus der Arbeit zu bringen; wahr ist, daß der Verkehr mit H. Koch sowohl als mit einem anderen Mitgliede des Bürstenmacherverbandes, der heute noch in dem fraglichen Betrieb beschäftigt ist und unsere Angaben bestätigen muß, sich in den Grenzen hielt, die durch die Kollegialität geboten und unter anständigen Arbeitern üblich sind. Mag Herr Kniestedt doch einmal versuchen, für die ihm ins Ohr geflüsterten Klatschereien den Beweis zu erbringen.

3. Es ist unwaahr, daß „man" dem H. Koch total verpfuschte Bürsten unter seine Arbeit gepackt hat; wahr ist, daß unter den Bürsten, die K. verarbeiten sollte, einige die vorgeschriebene Länge nicht hatten. Das kommt aber auch bei anderen vor, ohne denselben das Recht zu geben, ihre Nebenarbeiter ohne jeden Beweis der bewußten Täterschaft zu bezichtigen. Wir weisen einen derartigen gegen uns gerichteten Vorwurf auf das entschiedenste zurück.

4. Es ist unwahr, daß Koch dieserhalb Krach bekam und aufhören mußte; wahr ist, daß Koch sofort, als er die zu kurz geschnittenen Bürsten entdeckte, zum Arbeitgeber lief und seine Kollegen als die Täter denunzierte. Der Arbeitgeber erschien auch in der Werkstelle, nahm die Sache in Augenschein und ging, da er die Grundlosigkeit der Beschuldigungen Kochs einsah, davon, ohne denselben auch nur eines Wortes zu würdigen. Natürlich bezeichneten nun die Kollegen das Verhalten Kochs als das, was es war, als Gemeinheit, worauf derselbe sich stillschweigend trollte.

Weiter behauptet Herr Kniestedt (unerwiesene Behauptungen aufzustellen, scheint überhaupt seine starke Seite zu sein), seine Kollegen würden in den Wirtschaften belästigt, als Kniestedter, Bruchverbändler beschimpft 2c. Nun, was alles in den Wirtschaften passiert, geht doch uns nichts an; wir sind überhaupt nicht gewohnt, derartigen belanglosen Redereien eine besondere Bedeutung beizumessen. Auf jeden Fall bestreiten wir aber, daß unserseits irgend jemand belästigt worden sei. Was nun den „Kniestedter Bruchverbändler" anbelangt, bekennen wir uns schuldig. Das Wort ist tatsächlich gefallen. Nun wird man uns schon gestatten müssen, über den Kniestedtschen Verband unsere eigne Meinung zu haben. Und dieser unserer Meinung haben wir mit Obigem Ausdruck geben wollen, was wir bis heute auch noch gar nicht bereut haben. Wer, wie wir in Hamburg, Zeugnis davon ablegen kann, daß von seiten des Holzarbeiterverbandes alles, was nach Lage der Verhältnisse möglich war, geschehen ist, um die Lage der Bürstenmacher zu heben, der konnte von vornherein nicht anders als mit dem tiefsten Bedauern den Treibereien eines Kniestedt zusehen. Diese Treibereien sind soweit gediehen, daß die Interessen der Bürstenmacher selbst mit Füßen getreten wurden, wenn Herr Kniestedt glaubte, für sein Bruchverbändchen ein Geschäft machen zu können. Als nämlich die Bürstenmacher Hamburgs in dem in Frage stehenden Betrieb in eine Lohnbewegung eintraten, die am 14. März d. J. mit der Bewilligung der Forderungen endete, war der Arbeitgeber schon nach zwei Tagen im Besitze eines Briefes von einem Bürstenmacher Baumgartner, der durch Kniestedt erfahren hatte, daß in Hamburg Bürstenmacher gesucht würden. Diese übergroße Eifrigkeit des Herrn Kniestedt, seine Getreuen in Hamburg um jeden Preis in Arbeit zu bringen, erregte nicht nur die Verwunderung der Kollegen, selbst der Arbeitgeber schüttelte den Kopf darüber und — verzichtete dankend auf diese Hülfe.

Ueberhaupt ist die ganze Tätigkeit des Herrn Kniestedt mit seinem Sonderverbändchen weiter nichts, als eine fortgesetzte Verhetzung der Bürstenmacher untereinander, und nichts ist sehnlicher zu wünschen, als daß den Kollegen selbst die Augen bald aufgehen und sie weitere Zersplitterungsversuche energisch zurückweisen möchten.

Sämtliche
Bürstenmacher der Marquardtschen Werkstätte.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Zu den Differenzen bei der Firma Brann & Richardt in Sangerhausen ist mitzuteilen, daß dieselben beigelegt wurden, ohne daß dabei erhebliche Vorteile gewonnen wurden. Dies ist jedoch dem Verschulden der Kollegen selbst zuzuschreiben. Nach dem Scheitern der angebahnten Verhandlungen wurden die Kündigungen der Drechsler und Polierer eingereicht; doch ist zu erwähnen, daß der Polierer Hermann Kugel aus Striegau, Mitglied seit 1896, seine Kündigung nicht mit einreichte. Als Kompagnon schloß sich bald der Polierer Großpitsch aus Niensch in Schlesien an, und beide brachten hierdurch noch andere Kollegen zum Mißmut, so daß sich nach und nach verschiedene zurückzogen. Außerdem versuchte die Firma durch Heranziehen der Mütter einiger Kollegen die Kündigung rückgängig zu machen. Es entstand durch alle diese Umstände eine Gleichgültigkeit unter den Kollegen, so daß unter solchen Umständen ein geschlossenes Vorgehen nicht zu erwarten war, weshalb es die Kollegen vorzogen, auf die geringen Zugeständnisse seitens der Firma die Sache zu schlichten. Einige konnten sich jedoch nicht damit einverstanden erklären und zogen vor, den Ort und ihre Familie zu verlassen. Zwei Drechsler mußten, da nach der Kündigung der Kollegen sich zwei Arbeitswillige gefunden, die Fabrik auch verlassen. Trotzdem die Kollegen gezwungen waren, die Differenzen beizulegen, darf die Firma sich nicht täuschen, denn die Kollegen werden suchen, ihrer Pflicht nachzukommen, sich zu vereinigen und bei wiederkehrenden Fällen geschlossen vorgehen.

Der Streik in der Pianofabrik von Nieber & Co., Berlin, ist aufgehoben, da der Betrieb zum großen Teil durch Arbeitswillige besetzt ist. Die Streikenden sind trotz schwarzer Listen alle anderweitig untergebracht worden.

Der Zentralverband der Bautischlermeister Berlins hat bezüglich der Forderungen der Gesellen folgende Resolution gefaßt:

„Die heute, am 21. September, im „Prälaten" tagende außerordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes der Bautischlermeister Berlins und Umgegend beschließt: „Die Arbeiter, welche frivol in den Streik treten, sollen auf ein Jahr von den Mitgliedern des Verbandes ausgesperrt werden; desgleichen sollen die kontraktbrüchigen Gesellen erst nach Ablauf von zwei Monaten wieder eingestellt werden.

Diejenigen Meister, die diesem Beschlusse nicht nachkommen, sollen den Mitgliedern bekannt gegeben werden."

Wenn im Schlußsatz dieser Resolution anstatt Meister „Gesellen" stände, d. h. in einer von Arbeitern angenommenen Resolution, wer weiß, ob den Redakteur, der sie in seinem Blatte veröffentlicht, nicht der Staatsanwalt beim Schopf nehmen würde. Der Arbeiter-Redakteur hätte unbedingt „beabsichtigt", mit dieser Drohung zu verhindern, daß die Gesellen von der Vereinbarung freiwillig zurücktreten. Ein wahres Glück für den Redakteur, daß er sich in der Redaktion einer „Arbeitgeber-Zeitung" befindet. Im weiteren, wie hieß es doch in jener bekannten Bielefelder Rede? „Ins Zuchthaus mit dem, der seinen Nebenmenschen an freiwilliger Arbeit hindert". Wer hätte wohl in diesem Falle die Zuchthauszellen zieren müssen? Die Berliner Tischler pfeifen übrigens auf diese Drohung.

Die Herren W. & H. Helmke in Schöningen haben die bescheidenen Forderungen ihrer Arbeiter: Kost und Logis außer dem Hause, immer noch nicht bewilligt. Sie bezeichnen diese Forderung als eine Unverschämtheit und sind erstaunt, daß die Arbeiter die Frechheit besitzen, ihnen mit dieser Forderung unter die Augen zu treten.

Vielleicht besinnen die Herren sich noch, wenn ihnen durch strenge Fernhaltung des Zuzugs die Möglichkeit abgeschnitten wird, neue zufriedene Arbeitskräfte zu bekommen.

Der Möbelfabrikant Schwind in Aschaffenburg, bei welchem die Tischler streiken, ist bankrott. Am 3. Oktober ist auf seinen Betrieb das bekannte Siegel geklebt. Bis jetzt haben immer noch drei Streikbrecher bei ihm geschafft. Seit 14 Tagen haben sie schon keinen Lohn mehr bekommen, ob sie überhaupt jemals etwas erhalten werden, ist sehr fraglich. Schaden würde diesen nützlichen Elementen es durchaus nicht, wenn sie einen verdienten Denkzettel für den Verrat an ihren Kollegen erhielten. Die streikenden Kollegen sind, soweit sie nicht abreisten, anderweitig untergebracht.

Achtung, Korbmacher! Da bei der Firma Gebr. Schrader in Hamburg immer noch Differenzen sind und trotzdem von denselben noch Korbmacher gesucht werden, wird darauf hingewiesen, vorstehendes zu beachten. Etwaige Anfragen sind an den Sektionsführer zu richten. **A. Brauer,** Hamburg, Eichholz 84, 3. Etg.

Achtung, Korbmacher! Korbmachermeister Sandau in Gardelegen hatte bei großen Arbeiten einen Abzug gemacht und kam deshalb mit seinen Gesellen in Differenzen. Im Laufe der Unterhandlung meinte er, daß das Bezahlen der Preise ganz nach seinem Wunsch erfolge. Herr S. suchte in letzter Zeit mehrfach Korbmacher in der „Holzarbeiter-Zeitung", wenn solche hier ankamen, konnten sie aber wegen Mangels an Raum oder Arbeit nicht eingestellt werden. Das mögen die Korbmacher sich zur Notiz nehmen.

Achtung, Bürstenmacher! Wittenberge! Wir ersuchen, den Zuzug fernzuhalten von Bürstenmachern nach hier wegen ausgebrochener Lohndifferenzen bei dem einzigen Meister Otto Schäfer. Die Kollegen haben gekündigt. Sie verlangen die 10stündige Arbeitszeit, 10 pZt. Lohnaufschlag, Festsetzung des Stundenlohnes auf 30 ₰ (jetziger 27 ₰). Es werden als Spezialität Roßhaare auf Versand zugerichtet. Drei Kollegen sind organisiert, zwei nicht; letztere nur schwache Arbeiter, der eine ist lungenkrank, bezieht Invalidenrente und hat erklärt, daß er seinen Kollegen nicht in den Rücken fallen will, der andere ist nervenkrank.

Die Tischler in Bregenz (Vorarlberg) sind seit dem 1. Juli in eine Bewegung um Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten. Ihnen wurde damals, am 15. Juli, probeweise die Arbeitszeit um eine halbe Stunde auf die Dauer eines Vierteljahres verkürzt. Die Zeit läuft am 15. Oktober ab. In einem Betriebe ist die frühere Arbeitszeit bereits wieder eingeführt. Zuzug ist also streng fern zu halten.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Der Vorsitzende des Arbeitgeberschutzverbandes, Herr C. Rahardt, macht seinen Mitgliedern mit süßsaurem Gesichtsausdruck bekannt, daß die verflixte Lage in Cassel unverändert ist, weil die Maurer sich weigern, die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen und die Tischlermeister trotz des Friedenschlusses keine Gesellen einstellen können. Selbstverständlich — das wollen wir nicht leugnen — wäre es außer den Tischlern auch noch anderen Berufen angenehm, wenn die Konflikte beendet werden könnten; aber Herr Rahardt wird begreifen, daß weder die Maurer, noch die Zimmerer, Maler, Bauarbeiter, Dachdecker 2c. schuld daran sind, daß die Lage noch immer unverändert ist. Die Hauptschuld daran trägt lediglich er resp. seine Nachtreter. Sie waren es, die die Arbeitgeber des Baugewerbes zu dem Vertragsbruch mit ihren Arbeitern verhetzt und sie zur Aussperrung aufgefordert haben. Warum konnte man nicht längst einen Friedenschluß herbeiführen, ohne erst die Aussperrung Unbeteiligter zu veranlassen? Jetzt, nachdem man sieht, was angerichtet ist mit der von Berlin aus vorgeschriebenen Taktik, zieht man lange Gesichter und teilt mit, daß die Lage in Cassel immer noch unverändert ist.

Die Geister, die man rief . . . Herr Rahardt, wo waren Sie während der Lohnbewegung in Hannover? Noch krank von Cassel her? Wünschen gute Besserung!

Zur Förderung der Musikinstrumenten-Fabrikation im Erzgebirge. In der Stadt Schönbach fand dieser Tage eine Sitzung des Ueberwachungskomitees für die Darmsaitenerzeugung statt, welche ebenso wie die Bogenmacherei seitens des k. k. Handelsministeriums durch Unterstützungen zur Heranbildung von Arbeitskräften vorwärts gebracht werden soll. Dieses Komitee soll nach der Beratung eine erweiterte Gestalt annehmen und die Förderung der Instrumentenerzeugung überhaupt ins Auge fassen. Es waren darum außer den seitherigen Mitgliedern auch Interessenten der Musikinstrumentenbranche geladen, und wurde unter Vorsitz des k. k. Statthaltereirates, Herrn Rapprich, über das von dem Vertreter des kaiserl. königl. Handelsministeriums, Herrn k. k. Hofsekretär Schindler, vorgetragene Programm über die Mittel zur Förderung der Produktion und des Absatzes unter besonderer Rücksichtnahme auf die Streichinstrumentenindustrie von Schönbach beraten. Die Erweiterung des Komitees wurde begrüßt, für die Zusammensetzung desselben Vorschläge erstattet und an Hand des Programms Anregungen der Interessenten eingehend erörtert. Dem Komitee sollen außer den Genossenschaftsvorstehern auch Industrielle beigezogen werden, da die Instrumentenerzeugung namentlich in Graslitz ebensowohl fabrik- als gewerbmäßig und in Schönbach vielfach hausindustriell betrieben wird. Allseitig wurde die Ausgestaltung der Musikfachschule in Schönbach durch eine Lehr- und Versuchswerkstätte betont und die Errichtung einer Produktivgenossenschaft in Schönbach als wünschenswert bezeichnet. Der Beratung wohnten u. a. an der Bezirksobmann von Graslitz, Herr A. R. Breinl, und Herr Fuchs, in Firma Bohland & Fuchs, dann der Leiter der Musikfachschule in Graslitz und der Vorstand der Genossenschaft daselbst, Herr Kohler, der Sekretär der Egerer Handels- und Gewerbekammer, kais. Rat Dr. G. Habermann, und der Genossenschafts-Instruktor Herr Dr. Tomaschek, die Bürgermeister von Graslitz und Schönbach, der Vorstand der Genossenschaft in Schönbach und der Leiter der Fachschule daselbst, die Lehrer derselben 2c. Der Beratung ging die Besichtigung des Musterlagers der Instrumenten-Gewerbe-Genossenschaft in Schönbach voraus, und fand dieselbe lebhaftes Interesse. (Mus.-Instr.-Ztg.")

Die deutschen Gummifabriken haben in diesem Jahre schon einmal ihre Waren im Preise um 10 pZt. erhöht und am 2. Oktober meldet ein Extrablatt der „Gummi-Zeitung", daß eine Versammlung der deutschen Gummifabrikanten in Hannover am 2. Oktober, Vormittags, folgendes beschlossen hat:

„Die unausgesetzte Steigerung der Rohgummi-Preise, die seit Jahresfrist, je nach Qualität, 50 bis 90 pZt. beträgt, bringt die deutschen Gummiwaren-Fabrikanten sofern sie ihrer Kundschaft solide, gleichbleibende Qualitäten liefern wollen, in die zwingende Notwendigkeit, ihre Verkaufspreise um weitere 10 pZt. für technische und chirurgische Weichgummi-Fabrikate zu erhöhen.

Die erhöhten Preise treten am 10. Oktober in Kraft."

Dieser Beschluß wird den Kunden in Form eines Extrablattes (die „Gummi-Zeitung" liefert 100 Stück für ℳ 1) mitgeteilt und ihm folgende Entschuldigung mit auf den Weg gegeben:

„Dieser gemeinschaftliche Beschluß der Deutschen Gummiwarenfabriken ist lediglich die unabweisbare Folge der herrschenden Situation. Es sei hierbei darauf hingewiesen, daß die augenblickliche Lage des Rohgummimarktes eine weitere Preissteigerung erwarten läßt, da die Zufuhren in gar keinem Verhältnis zu dem steigenden Konsum stehen."

Wenn die Arbeiter eine Lohnerhöhung von 10 pZt. mit der Preissteigerung der Lebensmittel und Wohnungen begründen, dann bleibt ihre Forderung trotzdem eine frivole, die geradezu an Unverschämtheit grenzt; wenn aber die Gummifabrikanten (mit 4 Ausnahmen) zwischen 4 und 20 pZt. Dividende verteilen konnten, d. h. pro hundert Mark Geschäftsanteil ℳ 4 bis 20 als „Risiko"prämie einstecken konnten, dann ging das Geschäft noch nicht so schlecht, daß sich eine Preiserhöhung von 10 pZt. rechtfertigen läßt.

Wir möchten einmal hören, was die selbstherrlichen Gummibarone sagen würden, wenn die Arbeiter vor sie hintreten und mit Rücksicht auf die Steigerung der Lebensmittelpreise den Vorschlag machen würden, eine fünfprozentige Preissteigerung zu ihren (der Arbeiter) Gunsten eintreten zu lassen! Au, was das Schimpfwörterlexikon der Selbstherrlichen an besonderen Stinkblüten enthält, würde dann über die Köpfe dieser frechen hergelaufenen Gesellschaft ausgeschüttet, die sich anmaßt, den Herren „Brotgebern" Vorschriften zu machen. Na, so was fehlte noch gerade. Raus mit der Bande, wir wollen mindestens noch „Herr in unserem eigenen Hause sein und bleiben". Ja, Bauer, das ist etwas Anderes, wenn sichs um die Arbeiter handelt.

Die Norddeutsche Einkaufsgenossenschaft für Korbwarengeschäfte, e. G. m. b. H. zu Braunschweig, welche am 28. Dezember 1902 mit 7 Mitgliedern gegründet wurde, zählt jetzt deren 70. Ihr gehören Mitglieder an aus Magdeburg, Schöningen, Helmstedt, Celle, Bernburg, Hannover, Harzburg, Halberstadt, Braunschweig und anderen Orten. Mehrere Fabrikanten und Lieferanten sollen so wird mitgeteilt, versucht haben, die selbständigen Korbmachermeister vom Beitritt abzuhalten, bezw. sie zum Austritt zu bewegen, weil angeblich die Genossenschaft keinen Bestand habe.

Um das Vertrauen zum Vorstand auch weiter zu erhalten, verpflichteten sich die Vorstandsmitglieder, gemeinschaftlich eine Kaution von ℳ 3000 zu hinterlegen. Ueber den geschäftlichen Stand der Genossenschaft vernimmt man allerdings nichts, nur daß der Herr Warnecke aus Braunschweig im Gildehaus daselbst am 2. August die Mitglieder der Generalversammlung herzlich willkommen hieß und auf das Blühen, Wachsen und Gedeihen der Genossenschaft sein Glas leerte.

Die Korbmacherei hört auf in den Strafanstalten. 200 Korbflechter in Hamm (Rheinhessen) haben, wie der „Deutschen Korbmacher-Zeitung" berichtet wird, sich mit einem Gesuch an das Ministerium gewandt, daß in den Strafanstalten Darmstadt und Butzbach künftig die Korbflechterei nicht mehr gestattet sein möge. Sie erhielten einen zusagenden Bescheid.

Die Korbwarenindustrie in Oesterreich liegt sehr danieder. Die Löhne in Niederösterreich, besonders aber in Wien, sind viel zu hoch angegeben. Mit der Hausindustrie in Mähren, Galizien und Böhmen sieht es ebenso traurig aus. Der Kinderwagenverbrauch ist zwar im Steigen begriffen, doch konkurrieren sich die Erzeuger einander tot, so daß kein Gewinn bei der Produktion herauskommt. Nebenher steigen die Preise für weiße Korbweiden um 50 bis 60 pZt. Arbeiter sind massenhaft arbeitslos. Der Geschäftsgang, besonders in Marktkörben, ist ungemein schlecht, da die Ledertaschen die Körbe ganz verdrängen. Mehrere Eingaben an die Regierung um Einschränkung der Gefängnisarbeit und des Hausierhandels blieben erfolglos.

Gewerkschaftliches.

Der Generalstreik auf dem Kongreß der französischen Sozialisten. Während in Deutschland es die Gewerkschaften sind, welche den Generalstreik für eine Unmöglichkeit, ja, unter den gegenwärtigen Umständen, wo es bezüglich einer umfassenden Organisation noch an allen Ecken fehlt — geradezu für eine Torheit erklären, sind es in Frankreich umgekehrt die Gewerkschaften, welche für die Idee des Generalstreiks schwärmen. Seit vielen Jahren hat die Propaganda für den Generalstreik zur Uneinigkeit der sozialistischen Partei geführt; in heftigster Weise haben sich die Gruppen bekämpft; noch auf dem internationalen Kongreß in Paris 1900 platzten die französischen Geister ob des Generalstreiks aufeinander, und jetzt auf dem soeben beendeten Sozialistenkongreß in Reims scheint der Generalstreik endlich begraben werden zu sollen. Guesde erklärte zu der Frage:

Unsere Ansicht ist nun die: Ist der Generalstreik einer der Formen der sozialen Revolution, so erkennen wir ihn an; wir verwerfen ihn aber, wenn man ihn zur einzigen und ausschließlichen Form der sozialen Revolution erhebt. Im Grunde ist jede Revolution ein Generalstreik, da ja die Straßenkämpfer die Werkstätten verlassen müssen. Es genügt also zu erklären, daß das Proletariat, ebenso wie seinerzeit die Bourgeoisie, alle nötigen revolutionären Mittel anzuwenden habe. Gerade in Frankreich versteht sich das von selbst. Die französische Bourgeoisie war die revolutionärste von allen, ja vielleicht die einzige revolutionäre Bourgeoisie. Daher ist auch das französische Proletariat trotz alledem besonders revolutionär gesinnt.

Zum Schluß sagte Guesde: Ich glaube, wir könnten uns über die Frage verständigen und dem Amsterdamer Kongresse eine einzige Resolution vorlegen. (Lebhafter Beifall.)

Fast alle Redner wandten sich in mehr oder weniger scharfer Form gegen die Generalstreiker. Vailleul-Robaz will unter allen Umständen eine Resolution gegen den Generalstreik angenommen wissen. Es müsse eine klare, präzise Stellung demselben gegenüber eingenommen werden, da er ein Zerstörungswerk für die gemeinsame politische Aktion sei. Beschlossen wird nach langer Diskussion, der Zentralrat soll eine Resolution formulieren, die dem nächsten Parteitag und sodann dem Internationalen Kongreß in Amsterdam vorgelegt werden soll. Hoffentlich wird der Generalstreik dann auf lange Zeit hinaus abgetan sein.

Polizeiliches und Gerichtliches.

In eigener Sache. Ein Nachspiel vom Tischlerstreik in Plauen. Am 6. Juli wurde der Redakteur unserer Zeitung, Kollege A. Röske, zu einem Tag Gefängnis verurteilt, weil er am Schluß eines Berichts folgenden Satz stehen ließ: „Ein Hundsfott derjenige, der sich dazu hergibt, seinen Kollegen in den Rücken zu fallen." Diesen Satz hatte der Berichterstatter aus Plauen wahrscheinlich einem in der „Fachzeitung" Nr. 22 enthalten gewesenen und an die Tischlermeister gerichteten nachgebildet, der folgendermaßen lautete: „Ein Hundsfott jeder Tischlermeister und Fräsereibesitzer, der etwa auch jetzt noch nicht treu und ohne jeden Hintergedanken zur Fahne der von ihm selbst gewählten Organisation hält." Der Angeklagte begründet die von ihm eingelegte Berufung damit, daß die Aufforderung sich nur an die Mitglieder des Verbandes in Plauen gerichtet habe, von denen keiner zum Streikbrecher zu werden die Absicht gehabt, mithin sich auch niemand in seiner Ehre verletzt fühlen konnte. Uebrigens sei das Wort Hundsfott eine undefinierbare Bezeichnung; jedenfalls sei damit nur gemeint, derjenige sei ein schlechter Kerl, der an sich und seinen Kollegen Verrat übe, und das werde man doch wohl sagen dürfen.

Das Landgericht behauptete in der Urteilsbegründung am 2. Oktober natürlich, daß man das nicht sagen dürfe. Zweifellos habe der Angeklagte beabsichtigt, diejenigen, welche hätten Streikbrecher werden wollen, durch die Bezeichnung „Hundsfott" davon abzuhalten; das sei eine Ehrverletzung nach § 153 der Gewerbeordnung. Punktum. Beide Berufungen (auch der Staatsanwalt hatte Berufung eingelegt) wurden verworfen. Also es bleibt dabei: für diejenigen „Hundsfötter", die etwa haben Streikbrecher werden wollen, brummt Röske einen Tag im Gefängnis.

Noch ein Vergehen gegen § 153 vor dem Landgericht in Fürth. Der Schriftführer der Zahlstelle Fürth des Holzarbeiterverbandes, P. Zöllner, richtete zur Zeit einer Sperre über eine Fabrik an einen in dieser Fabrik beschäftigten Arbeiter, der Mitglied des Verbandes war, einen Brief, in dem er den Empfänger des Briefes auf die vom Verband verhängte Sperre aufmerksam machte. Der Brief ist nicht mehr vorhanden. In dem Briefe soll die Wendung enthalten sein, daß sich das bei der gesperrten Firma arbeitende Verbandsmitglied die Konsequenzen selbst zuzuschreiben habe, wenn es ferner den Beschlüssen des Verbandes zuwider handele. Die Folge des Briefes war eine Anklage gegen Zöllner wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung. Am 18. Juli beschäftigte sich das Amtsgericht mit dieser Klage. Der Angeklagte gab zu, den Brief mit der angezogenen Wendung geschrieben zu haben, bestritt aber, damit irgendwelche Drohung ausgestoßen zu haben. Es bleibe dem Mitgliede überlassen, ob es weiter arbeiten wolle oder nicht. Der Amtsanwalt sah wohl in objektiver Beziehung ein Vergehen gegen § 153 als gegeben, da die Wendung im Brief die Androhung eines Uebels enthalte. Mit der Drohung war der Ausschluß aus dem Verband gemeint. Ob auch in subjektiver Beziehung ein Vergehen vorliege, überließ er dem Ermessen des Gerichts. Das Gericht verurteilte auch Zöllner zu 1 Tag Gefängnis. Es nahm sowohl in objektiver als subjektiver Beziehung ein Vergehen an, da der angedrohte Ausschluß aus dem Verband die Niederlegung der Arbeit erzwingen sollte. Der Ausschluß sei für das Mitglied ein Uebel, da es dadurch der verschiedenen Unterstützungseinrichtungen verlustig gehe. An der Tatsache des Vergehens wird nichts geändert dadurch, ob der Angeklagte berechtigt oder gar verpflichtet war, den Brief zu schreiben, auch nicht, daß er selbst kein Recht hatte, das Mitglied auszuschließen. Gegen die Verurteilung wurde Berufung eingelegt, mit der sich nun das Landgericht beschäftigte. Der Vorsitzende verbreitete sich zunächst über die verschiedenen Unterstützungen, welche dem Mitglied durch den Ausschluß verloren gehen würden und legte auch in seiner Fragestellung viel Gewicht darauf, daß von der Zahlstelle dem Hauptvorstand Kenntnis von den Tatsachen gegeben werden müsse, ehe dieser den Ausschluß vornehmen kann. Der Verteidiger des Angeklagten betonte in seiner Begründung der Berufung zunächst, daß es sehr wenig Fälle in der Rechtsprechung bis jetzt gegeben haben mag, die derartig auf des Messers Schneide standen. Der Erstrichter habe außer acht gelassen, einen Unterschied zu machen zwischen dem Begriff der Drohung und dem einer Mahnung oder Warnung. Der Staatsanwalt beantragte kurz die Verwerfung der Berufung. Ein Vergehen gegen § 153 bestehe, da Zöllner durch eine Drohung den Adressaten bestimmen wollte, die Arbeit niederzulegen. Gleich dem Erstrichter sieht er eine Drohung als gegeben und den Ausschluß als ein Uebel an. Das Urteil lautete auf Freisprechung. Dem Antrage des Staatsanwalts, der sich seiner Sache sehr sicher zu fühlen schien, konnte das Gericht nicht zustimmen. Das ist wohl auch der einzig richtige Standpunkt.

Literarisches.

Das Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages in Dresden ist soeben in der Buchhandlung Vorwärts zur Ausgabe gelangt. Die Verhandlungen haben bei unseren Parteigenossen das lebhafteste Interesse erweckt, namentlich sind die Erörterungen über die „Taktik" von weittragender Bedeutung für die Partei. Das Protokoll enthält die ganzen Debatten in ausführlichster Weise und ist somit ein wichtiges Dokument für die Parteigeschichte. Auch der im Protokoll enthaltene Bericht der Reichstagsfraktion ist von besonderer Bedeutung, da er Auskunft gibt über alle Fragen, die im verflossenen Jahre im Reichstage verhandelt wurden. Ein Sprechregister sowie ein ausführliches Sachregister erleichtern das Nachschlagen der einzelnen Gegenstände der Verhandlungen. Der Preis für das 448 Seiten starke Protokoll ist 75 ₰, gebunden M. 1.

Einen Leitfaden zur Vorbereitung für die Meisterprüfung hat Herr Reineking, Fachschuldirektor in Detmold, im Verlag von Paul Metzentin daselbst erscheinen lassen. Das Buch gibt Anleitung über die Erlernung der Buchführung, Wechsellehre, Kalkulation und enthält außerdem die wichtigsten Bestimmungen aus der Gewerbeordnung. Wer Meister werden will, erfährt aus dem Leitfaden, was er wissen muß, um nicht durchzufallen. Der Preis des 32 Seiten umfassenden Heftchens beträgt 60 ₰.

Vorschriften und Ratschläge für Sachverständige, Boniteure und Gutachter aller Gewerbe betitelt sich ein 67 Seiten umfassendes, gebundenes Büchlein, das im Verlag von O. Hammerschmidt in Hagen i. Westf. zu beziehen ist. Der Verfasser ist Herr Ad. Franke, Ingenieur, aus Magdeburg. Das Buch ist, was der Titel sagt, ein Handbuch für Sachverständige, das über ihre Rechte, Pflichten, Gebühren und über ihre Bestrafungen Belehrung gibt. Der Verfasser hat die hierauf bezüglichen Gesetzesparagraphen, zirka 140, aus acht deutschen Reichsgesetzen zusammengesucht und nach den einzelnen Fällen, in denen Sachverständige als solche geladen sind, gruppiert. Er gibt auch eine Reihe Ratschläge aus seiner eigensten Erfahrung als Sachverständiger und Gutachter. Am Schlusse findet sich die Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige und ein genaues Sachregister. Der Preis des Buches beträgt M. 1,20. Interessenten wird der Inhalt des Buches recht gute Dienste leisten.

Hülfe gegen faule Schuldner lautet der Titel eines bereits in zehnter Auflage vorliegenden Büchleins von Rechtsanwalt Dr. Geck in Berlin. (Verlag Hans Th. Hoffmann, Berlin NW 21.) Der Verfasser steht mitten in der Praxis und verschreibt seine Rezepte gegen schlechte Zahler für die Praxis, so daß der Gläubiger bei ihrer Anwendung in den meisten Fällen sein Geld retten wird, selbst wenn der Schuldner schon fruchtlos gepfändet ist oder den Offenbarungseid geleistet hat. Selbstverständlich ist durchgehends das neue Reichsrecht zu Grunde gelegt. Die angeführten praktischen Beispiele sind aus dem Leben gegriffen und machen das Schriftchen für jeden Geschäftsmann unentbehrlich. Der Preis beträgt M. 1. Bei Voreinsendung M. 1,10 postfrei. Nachnahme M. 1,25.

Briefkasten.

Schwenningen, Sch. Gummireifen auf Bandsägen befestigt man wie folgt: Guter Cölner Leim wird in gewärmtem Essig aufgelöst. Diesem aufgelösten Leim setzt man den dritten Teil seines Quantums weißen Terpentin hinzu, rührt das Ganze gut durcheinander. Der Rand des Rades wird mit Bleiweiß bestrichen und trocken gelassen; alsdann trägt man den Leim auf den Gummi, rauht man auf der Auflagefläche etwas auf und erwärmt ihn etwas, bevor man ihn auf das Rad fest aufdrückt. Ehe der Leim getrocknet ist, darf das Rad nicht in Betrieb gesetzt werden. Man kann auch eine im Handel bezeichnete „Gummilösung" dazu verwenden anstatt des Leims; das Eisen muß aber vorher gründlich gereinigt werden.

Angermünde, T. Sie haben ganz recht, wenn Sie denjenigen Kollegen, welche die Versammlungen schwänzen, den Marsch blasen, aber im Anschluß daran Klagelieder anzustimmen, paßt nicht gut miteinander. Die Zeit wird schon einmal kommen, wo die Pflichtvergessenen bedauern werden, daß sie sich so schwer an ihrer Organisation, an sich selbst und an ihrer Familie versündigt haben. Hoffen Sie mit uns, daß dieser Zeitpunkt recht bald komme.

Bergedorf, F. B. Zunächst betragen die Kosten nicht mehr als M 30. Es gibt nur ein Patentamt; dasselbe ist in Berlin. Wenn das Patent erteilt ist, müssen das erste Jahr M 50 Steuer bezahlt werden; jedes Jahr steigt der Betrag um weitere M 50.

Berlin, P. R. Wenn Sie auf den Beschwerdeweg verwiesen sind, ist ziemlich sicher, daß Sie kein Patent erhalten. Einen Patentkalender erhalten Sie vom Patentbureau G. Dedreux in München; darin finden Sie alles, was Sie zu wissen benötigen.

* Und sind nachfolgende Fragen zur Beantwortung gestellt; wir geben dieselben an die Kollegen, welche praktisch in den fraglichen Fächern tätig sind, zur Beantwortung weiter. Eine Hand wäscht die andere. Die Red.

1. Wie erhält man eine braun-graue Beize für Eichenmöbel?
2. Wie macht man Fichtenholz biegsam, daß es die angenommene Form behält?
3. Wie erhält man eine schwarze Beize für Hartholz?
4. Wo erhält man Fassonhobel? (Die Fasson soll auf die Eisen aufgelegt sein, so daß man sie schleifen kann wie gewöhnliche glatte Hobeleisen.)
5. Wie präpariert man eine grüne Beize, die den Sonnenstrahlen widersteht und die Farbe nicht ändert?
6. Wer liefert gepreßte Füllungen, Köpfe und Rosetten; ferner zusammengesetzte Fourniere, wie: Vögel, Ritter 2c.?
7. Wer liefert Patent-Putzhobel mit Pockholzbrücke?
8. Wie wird die beste Mahagoni-Wasserbeize hergestellt?
9. Wie kann man Goldlinien auf Glas ziehen?
10. Welches ist die beste Beize für Eichenholz-Haustüren, so daß keine Regenflecke entstehen?
11. Wo sind Tannenholzstreifen, mindestens ein Meter lang, drei Millimeter breit, ein Millimeter dick, zum Beflechten von Flaschen zu erhalten?
12. Wie entfernt man am besten den frischen Holzgeruch aus Küchenmöbeln?
13. Wo sind Webschützenfabriken?
14. Wo erhält man Abziehsteine zum Wiederverkauf? (Ausgenommen die Firma Voß in Deuben.)
15. Wo erhält man Uhrwerke für Standuhren?
16. Jemand will die in der Nähe Hamburgs befindliche Fabrik für photographische Apparate wissen; ist einem Kollegen dieselbe bekannt?
17. Ein anderer wünscht eine Holzrahmenfabrik für Lawn Tennis-Schläger zu wissen.
18. Welches ist das biegsamste und zäheste Holz, und wo ist es zu haben?
19. Gibt es einen wasserdichten Auftrag auf Holz, der nicht abspringt, auch wenn das Holz federt, oder der Wärme und Kälte ausgesetzt ist?

Alzenau, W. R. Wenden Sie sich an den Verein der Reeder in Bremen; dort erhalten Sie Ihren Wünschen entsprechend Auskunft. Eine Fahrt nach Brasilien im Zwischendeck dürfte M 250 kosten. Näheres erfahren Sie ebendaselbst.

Günzburg, A. F. Hier ist kein Bericht von dort eingegangen.

Bergedorf, Fr. B. Sie tun am besten, wenn Sie sich um Auskunft an ein Patentanwaltsbureau wenden. Adressen: Sack in Leipzig, Richard Lüders, Görlitz. In Hamburg gibt es auch einen „Pionier", Verein für Verwertung von Erfindungen (Vorsitzender Rob. Wiesendanger, Alstertor 10), dem Sie event. beitreten können.

Furtwangen, H. B. Bilderrahmen liefert G. F. Conzen, Düsseldorf, Kasernenstr. 13.

Baut, H. S. Fourniere liefern: A. Wolf in Dresden, H. Ludwig, Berlin O, Krautstr. 22.

Rathenow, R. H. Soviel uns bekannt geworden ist — nein!

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(E. H. 3 in Hamburg.)

Vom 26. September bis 10. Oktober gingen folgende Gelder ein: Nürnberg M. 2200, Offenbach 800, Dresden A 600, Mannheim, München I je 500, Augsburg, Achim, Berlin B, Burg, Thonberg je 400, Emmendingen, Lettin, Höchst, Rixdorf, Löbtau, Weißensee, Heilbronn, Berlin E, Hamburg IV und V je 300, Ludwigshafen, Meißen, Heddesheim je 250, Pfungstadt, Zirndorf, Wilmersdorf, Seckenheim, Neuhäusel Berlin D, Krefeld, Bockenheim, Köpenick, Lindenthal, Gotha je 200, Coßmannsdorf 170, Endenich, Verden, Pirna, Bergshausen, Düsseldorf, Bergen, Nabenau, Wittenberg, Neu-Isenburg, Borsbach, Bayreuth, Seeheim je 150, Zangeberg, Ziegelhausen, Finthen, Mühlheim an der Donau, Viersen, Jugenheim, Paunsdorf, Osterwieck, Hohenschönhausen, Goldlauter Potschappel, Oberbettringen, Waldstetten je 100, Heckershausen, Kirchditmold je 70, Löbau 60, Guben, Kahla je 50, Mannsdorf 40. Summa M. 16 160.

Vom 26. September bis 10. Oktober erhielten Zuschüsse: Altenburg M. 500, Merheim, Oppau, Würzburg I, Barmen, Bach, Schöneberg je 300, Biberach, Braunschweig, Halberstadt, Schaafheim, Seelbach, Gelsenkirchen, Berchtesgaden, Kranz je 200, Siegburg, Aue, Bettenhausen, Konstanz, Hornberg, Neuendorf, Rawitsch, Lippoldshausen je 150, Tiegenhof 130, Elmstein 120, Friedrichshagen, Hermülheim, Heidingsfeld, Ruith, Ohrdruf, Stötteritz, Schwerte, Aachen, Rasberg, Ansbach, Reichenbach, Hennef je 100, Langenberg, Waldheim, Rothenditmold je 75, Oelsnitz, Zittau, Mühlhausen i. Th., Hildesheim je 50. Summa M. 6975.

Krankenunterstützung für Einzelmitglieder wurden von der Hauptkasse bezahlt M. 1853,31.

L. Jacobs, Hauptkassierer.

Versammlungs-Anzeiger.

Barmen. Am Samstag, den 24. Oktober, Abends 9 Uhr, bei F. Joeren, Brucherstr. 7.

Braunschweig. Sonnabend, 24. Oktober, Abends 8½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus", Werder 32.

Charlottenburg. Montag, 19. Oktober, Abends 8½ Uhr, im „Volkshaus".

Eisenberg. Sonnabend, den 24. Oktober.

Elberfeld. Am Montag, den 19. Oktober, Abends 8½ Uhr, im „Volkshaus", Hochstr. 84.

Görlitz. Am Sonnabend, 24. Oktober, Abds. 8½ Uhr, im „Goldenen Löwen", Nikolaigraben. Tagesordnung: 1. Unsere nächsten Aufgaben. Referent: Kollege Lindner. 2. Geschäftliches. Es ist Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen.

Anzeigen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bochum. Die Herberge befindet sich jetzt in der **„Herberge zur Heimat"**, Königstr 19. Reiseunterstützung zahlt aus der Bevollmächtigte **Wilhelm Muff**, Spichernstr. **25a**, Mittags von 12—1 und Abends von 7—8 Uhr. Unser Vereinslokal befindet sich jetzt bei Herrn **Crengel**, Molkenmarkt 37.

Oldesloe. Vom 15. August ab befinden sich unsere Herberge und Verkehrslokal im Gewerkschaftshause, Segebergerstraße 34. Die reisenden sowie die auswärtigen Kollegen bitten wir, dies beachten zu wollen.

Trier. Zentralherberge und Verkehrslokal befinden sich beim Gastwirt **J. Fisch**, Weberbachstraße.

Berlin.

Achtung, Holzarbeiter!

Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen, **Alexanderstraße 31, ist streng zu meiden.**

Der

Zentral-Arbeitsnachweis

der

Holzarbeiter aller Branchen

wie **Tischler, Pianofortearbeiter, Drechsler, Stellmacher, Bürstenmacher, Korbmacher**, auch für **Stockarbeiter, Jalousiearbeiter, Rahmenmacher, Perlmutterarbeiter** und **Kammmacher** befindet sich

Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus, Zimmer 11.

Daselbst auch Auszahlung der Reiseunterstützung und Herberge.

Die Arbeitsvermittlung geschieht unentgeltlich.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Der Tischler **Paul Thieme**, welcher bis Ende Mai in Rebesgrün bei Auerbach i. V. beschäftigt war, hat sich Unterschlagungen zu schulden kommen lassen. Es wird vor demselben gewarnt. Um Angabe der Adresse wird gebeten.

Albin Hauck, Bevollmächtigter,
Mühlgrün b. Auerbach i. V.

Aufforderung.

Die Schreiner **Adolf Schaufler** (Buch-Nr. 52 667), **Max Schimark** (52 684), **Paul Berger** (103 617) und **Friedrich Steuber** (52 633) werden hierdurch aufgefordert, ihren Verpflichtungen der unterzeichneten Verwaltungsstelle gegenüber unverzüglich nachzukommen. Die Kollegen werden gebeten, zur Erlangung der Adressen uns behülflich zu sein.

Die Ortsverwaltung **Düsseldorf.**
J. A.: K. Auerbach, Schinkelstr. 62, 3. Et.

Oldesloe.

Die **Einweihung unseres Gewerkschaftshauses**, Segebergerstr. 34, findet am **25. Oktober**, Nachmittags 4 Uhr, statt. Die Kollegen der umliegenden Zahlstellen werden freundlichst eingeladen.

Die Ortsverwaltung.

NB. Für Unterhaltung ist gesorgt.

Tischler **Ernst Blume**, 22 Jahre alt, soll betreffs einer Erbschaft seine Adresse nach **Linden** b. Hannover an **Rudolf**, Limmerstraße 58, oder an **Westphal**, Wittekindplatz 2, daselbst, melden. [M. 2]

Zwei selbständige **Tischler** finden auf Polstermöbelgestelle Beschäftigung bei
G. Luzey, Karlsruhe, Klauprechtstr. 18.

Putzer und Polierer
für elektrische Holzwaren sucht
Emil Kirchner, Großenhain i. S.

Gesucht
auf dauernde Arbeit ein gewandter, zuverlässiger **Kreissägenschneider**, der möglichst schon auf Bürstenhölzer gearbeitet hat.
Norddeutsche Kardätschen-, Bürsten- und Pinselfabrik, Lübeck.

Bohrer gesucht.

Off. unt. **F. E. 93** an die Expedition d. Bl.

2 Korbmachergesellen auf Ballonkörbe, gutes Holz, per sofort gesucht. Arbeit für den ganzen Winter. Etwas Reisevergütung zugesichert.
C. Dölz sen., Korbmachermeister,
Burgstemmen b. Nordstemmen.

Korbmacher auf Großgeschlagen per sofort gesucht bei hohem Akkordlohn.
Biberacher Korbwarenfabrik,
Karl Handtmann, Biberach-Riß (Württbg.).

Korbmacher auf Großgeschlagen und Mattarbeit sucht **Carl Apelt,**
Mühlberg a. d. Elbe.

Gesucht **zwei Korbmacher** auf Gematt. Stundenlohn 40 ₰.
E. Schulz, Korbmachermstr., **Cuxhaven.**

Suche sofort einen tüchtigen **Korbmacher** auf Geschlagen und Gematt bei dauernder Stellung.
A. Möhler, Korbmachermstr., **Lübeck.**

Ein Korbmacher wird sogleich verlangt auf Groß- und Grüngeschlagen. Dauernde und lohnende Beschäftigung.
Brümer, Korbmachermeister,
Dramburg (Pommern).

Gesucht ein zuverlässiger **Korbmachergeselle** auf Schlauchkörbe und Rohrarbeit. Dauernde Beschäftigung.
Frau Gödeke, Harburg, Am Wall 16.

Gesucht per sofort **3 Korbmacher** auf Mattarbeit. **Josef Adamitz,**
Weserdeich b. Berne (Gr. Olbbg.).

Ein junger **Bürstenmachergeselle** wird gesucht auf dauernde Arbeit.
G. Rohwedder, Tondern (Schlesw.-Holst.).

Wiesbaden.

Kranken- und Sterbekasse für Schreiner und Genossen verwandter Berufe zu Wiesbaden. (E. Hülfsk. Nr. 3.)

Die Kasse genügt dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes. Die Mitgliedschaft bei derselben entbindet demgemäß von der Zugehörigkeit zu einer Zwangskasse (**Schreinerinnungskasse**).

Eintrittsgeld 1. Kl. M. 1,75, 2. Kl. M. 1. Wöchentlicher Beitrag 1. Kl. 50 ₰, 2. Kl. 40 ₰. Wöchentliches Krankengeld 1. Kl. M. 12,60, 2. Kl. M. 9. Sterbegeld 1. Kl. M. 125, 2. Kl. M. 100. Keine Karenzzeit; freie Arztwahl. Reservefonds in gesetzlicher Höhe vorhanden. Den Kollegen wird der Eintritt in diese Kasse bestens empfohlen. **Der Vorstand.**

Tischlerwerkzeuge Ia.

Anerkannt das Beste, was in dieser Branche nur geliefert werden kann, fabriziert und hält auf Lager **H. Himstedt, Hamburg**, Lange Mühren 86/87. Preislisten a. Wunsch z. Diensten. (Geringe, sog. Ladenware führe ich nicht.)

Hoher u. leichter Nebenverdienst.
Bei hoher Vergütung suche an jedem Ort Herren, welche den Vertrieb hocheleganter, konkurrenzl. Neuh. (ganz vorzügl. Weihnachtsartikel) nebenbei übernehmen. Prospekte gratis und franko an jedermann.
Herm. Wolf, Zwickau i. S., Reichstr. 44.

Viel sparen
kann jeder, der das rühmlichst bekannte und von Tausenden empfohlene

✱ Felsen-Hemd ✱

trägt. Bestes Tricot-Hemd, fast unzerreißbar, warm — nicht einlaufend

Brust- oder	mittel	groß	ganz groß
Achselschluß:	M. 2,50	2,75	3,—
Hosen:	„ 2,—	2,20	2,40

Vorhersendung od. Nachn. v. 3 Stck. an franko.
Alleinverkauf: **Gustav Krödel, Zeitz.**

Feinstes Pflaumenmus

aus erster Hand.

Kübel 30—60 Pfd. Inhalt, pro Ztr. M. 14,—
Fässer 100 „ „ „ „ „ 14,—
„ 2/300 „ „ „ „ „ 13,—
Emaille-Eimer 25 Pfd. Inh., pro Stck. „ 4,50
Post-Blecheimer 9 „ „ „ „ „ 2,—
offeriert ab Magdeburg (unfrankiert) gegen Nachnahme
Herm. Henschke, Magdeburg 12,
Faßlochsberg 19,
Mustfabrik mit elektrischem Betrieb.

Tischler-Fachschule Neustadt i. Meckl.
Zeichner, Werkführer, Meister.

Tischler-Fachschule Detmold
Drei- u. sechsmonatl. Kursus. Eintritt am 1. jedes Monats. Bewährte Ausbildung.

Nunmehr ist erschienen:

Almanach für das Jahr 1904.

Taschenkalender für die Verwaltungen und Mitglieder des Verbandes.

Inhaltsverzeichnis: Aus dem Archiv unseres Verbandes. Datumzeiger für 1904. Kalendarium. Gruß zum neuen Jahre. Geschichtskalender. Hermann Somann. Paul Martienssen. Eduard Weichert. Die Organisationen der Bürsten- und Pinselmacher (1884—1893). Zehn Jahre Holzarbeiterverband. Mitgliederstand, Einnahmen und Ausgaben des Verbandes. Adressen des Verbandes. Zusammenstellung sämtlicher Streiks. Erfolge der Lohnbewegung 1902. Die Unterstützung im Sterbefall. Die letzte Jahresrechnung des Verbandes. Rundschau im Ausland. Etwas Statistik (ortsübliche Tagelöhne, Krankenversicherung, Unfallversicherung, Invalidenversicherung, Zölle, indirekte Steuern, deutsche Städte über 50 000 Einwohner, Bevölkerungsziffern). Gebietseinteilung und Bevölkerung Deutschlands. Von den Reichstagswahlen 1903. Einfuhr und Ausfuhr der deutschen Holzindustrie 1902. Ausländische Fachzeitungen. Holzarbeiterverbände im Ausland. Die deutschen Gewerkschaften (Entwicklung seit 1891, Ausgaben im Jahre 1902, Tabelle). Bruchschaden und Unfallrente. Die Schmach der deutschen Volksschulbildung. Statut der vereinigten Gewerkschaften Deutschlands. Adressen der Zentralverbände. Adressentafel. Krankheit, Arbeitslosigkeit, Arbeitstage, Arbeitslohn, Ausgaben (Wochentabelle). Statut des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Anmeldung der Versammlungen. Die Teilnahme an den Versammlungen. Eröffnung und Leitung der Versammlungen. Gründung einer Zahlstelle des Verbandes. Die Wahl der Verwaltung. Anmeldung der Mitgliederversammlungen. Auflösung einer Versammlung. Anmeldung der Zahlstelle. Parlamentarische Ordnung in den Mitgliederversammlungen. Kleines Lexikon des gewerblichen Rechts. Technische Notizen. Hundertjähriger Kalender. Notizblätter.

Der Preis des Almanach beträgt wie seither **50** ₰ pro Stück, bei Einzelzusendung 60 ₰. Die Mitglieder in den Zahlstellen wollen ihre Bestellungen baldigst bei den Zahlstellenverwaltungen aufgeben. Einzelmitglieder haben ihre Bestellungen an die Hauptkasse in Stuttgart zu richten und den Betrag von **60** ₰ pro Stück im voraus beizufügen.

An die Zahlstellen richten wir das Ersuchen, ihre Bestellungen baldigst an uns einzusenden.

Der Verbandsvorstand. Stuttgart, Furibachstr. 16.

Der Praktische Tischler.

Handbuch d. ges. modernen Bau- u. Möbeltischlerei von Prof. H. Walda, Leit. d. Tischlerschule Warmbrunn.

600 S. Text, 758 Abbild., 80 Tafeln u. 2 vielfarb. Modelle: Gasmotor mit Fräsmaschine, Kleider- u. Wäscheschrank. Preis M. 20 b. monatlicher Teilzahlung von M. 3, per Kasse **10 pZt.** Rabatt u. franko.

Neue Extrazugabe: Moderne Bau- und Möbeltischlerarbeiten,
49 Detailzeichnungen in Originalgröße, Formen bis zu 70×120 cm.

Apart bezogen M. 15.—. Als Prämie zum „Prakt. Tischler" erhöht sich dessen Preis nur um M. 2 (bar M. 20, in Raten M. 22).

Dieses neueste Handbuch, in welchem der Jugendstil umfassend zum Ausdruck kommt, wurde in der „Holzarbeiter-Ztg." Nr. 26 vom 29. Juni v. J. wie folgt **glänzend beurteilt:** „Wer sich etwas wirklich Gutes u. Gediegenes anschaffen, seine Kenntnisse bereichern und sein Fortkommen fördern will, der kaufe sich das Buch ‚Der Prakt. Tischler'."

Viele Anerkennungen! — Prospekte gratis!

Arthur Gasch, Gewerbe-Buchhdlg., **Leipzig.**

Die besten Rasirmesser der Welt liefert Stahlwarenfabrik

Saam & Co., Foche No. 207.
bei Solingen.

Zur Probe. 5 Jahre Garantie. Nachnahme oder Cassa vorher. Silberstahl-Rasirmesser in Etui Mk. 2.—; do. ff. Diamantstahl in Etuis Mk. 3.—. Prima Haarschneidemaschine Mk. 5.50. Alles frei Haus. Grosser Katalog über Messer, Scheeren, Waffen, Werkzeuge, Sensen, Leder-, Gold-, Nickel und Drechslerwaren etc. etc. umsonst und frei.

Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26—36 Eilbeck Pappel-Allee 26—36

Fabrik chemischer Produkte.

Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.

Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.

Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.

Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend.

Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.

Paul Horn's Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.

Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpolieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelausschlagen.

Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Ware zum Versand gebracht.

Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.

Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswert und von ff. Qualität.

Paul Horn liefert Ia. rectifizierten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.

Paul Horn ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889."

Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.

Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.

Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.

Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille", Lübeck.

Verlag: A. Böske, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co., beide in Hamburg.